

ippnw forum

das magazin der ippnw
nr180 dez 2024 3,50€
internationale ärzt*innen
für die verhütung des
atomkrieges – ärzt*innen
in sozialer verantwortung



- Trump-Wahl: Folgen für die Friedenspolitik
- Todeszone Gaza
- AKW Leibstadt abschalten!

Shrinking Spaces:

Wie können wir Handlungsräume verteidigen?

Sie zahlen Ihren Mitgliedsbeitrag per Überweisung oder Dauerauftrag?

Bitte verwenden Sie dafür unsere Bankverbindung bei der GLS-Bank:

IBAN: DE 23 4306 0967 1159 3251 01

BIC: GENODEM1GLS

Sie können Ihren Mitgliedsbeitrag auch unkompliziert per Lastschrift zahlen. Indem Sie uns ein SEPA-Lastschriftmandat erteilen, wird Ihr Mitgliedsbeitrag automatisch von Ihrem Konto eingezogen.



Liebe Mitglieder, haben Sie Neuigkeiten für uns?
Bitte denken Sie daran, die Geschäftsstelle zu informieren.
Für Ihre Änderungen können Sie dieses Formular nutzen.

- Bei mir gibt es eine Änderung:
- Kontaktdaten / Adresse
 - Bankverbindung
 - Studium beendet Anderes

Name _____

Straße _____

Plz, Ort _____

E-Mail _____ Telefon _____

Unterschrift _____

IPPNW
Deutsche Sektion
Frankfurter Allee 3
10247 Berlin



Dr. Carlotta Conrad ist
Vorstandsmitglied der
deutschen IPPNW.



Wenn Staaten kritische Stimmen unterdrücken, ethnische Minderheiten ausgrenzen und zivilgesellschaftliche Räume beschränken, denken viele von uns an autoritär regierte Staaten wie Russland oder die Türkei.

Aber auch in Deutschland nehmen autoritäre Tendenzen und der Angriff auf Grundrechte seit Jahren zu. Nirgends zeigt sich das derzeit so deutlich wie beim Umgang mit kritischen Stimmen zum Thema Israel/Palästina. Anne Jurema blickt in ihrem Artikel auf die Entwicklung des letzten Jahres, die ihren vorläufigen Höhepunkt in der jüngst beschlossenen Antisemitismus-Resolution des Bundestags findet. Dabei zeichnet sie eine beunruhigende Entwicklung nach, deren Schaden weit über die Einschränkung der freien, sachlichen und pluralen Debatte zu Israel-Palästina hinausreicht und repressive Politik insgesamt stärkt, Minderheiten gegeneinander ausspielt sowie der AfD vorzüglich in die Hände spielt.

In ihrem Artikel „Zwischen Windhoek und Gaza“ denkt Charlotte Wiedemann darüber nach, was es bedeutet, wenn mit dem Holocaust die Unterstützung einer womöglich genozidalen Kriegsführung begründet werden kann und aus Erinnerungsarbeit ein Bumerang zur Stigmatisierung von Minderheiten wird. In einer Art rettender Kritik von Erinnerungskultur zeigt sie Wege auf, wie ein postkoloniales Denken zur Entschärfung der polarisierten Diskurse führen und eine radikal humanistische Erinnerungspolitik möglich werden kann.

Jens-Peter Steffen zeigt am Beispiel der Friedensbewegung, wie – parallel zur Ausweitung zivilgesellschaftlicher Mitwirkung in der demokratischen Willensbildung in den letzten zwei Jahrzehnten – zivilgesellschaftliche Vereine auch zunehmend durch staatliche Sanktionen delegitimiert und zivilgesellschaftliche Räume eingeschränkt werden. Dabei geht es nicht nur um Verbote, sondern auch um Mittel wie die Aberkennung der Gemeinnützigkeit.

In dem Interview mit zwei Aktivistinnen aus der kurdischen Freiheitsbewegung und der palästinensolidarischen Bewegung in Berlin erzählen diese, wie sich autoritäre Tendenzen und die Verengung von Debatten auf ihren Aktivismus auswirken und was sie von Aktivist*innen aus anderen geografischen und politischen Kontexten über kollektive Resilienz und Widerstand gelernt haben.

Eine anregende Lektüre wünscht –
Ihre Carlotta Conrad

Kampagne: **Friedensfähig statt erstschlagsfähig!** 08



AKW Leibstadt: **40 Jahre sind genug!** 14



Frieden: **Wie wirkt sich die Trump-Wahl aus?** 34



THEMEN

Für ein Deutschland ohne Mittelstreckenwaffen 8

Todeszone Gaza 10

Nuclearity: Was es heißt, nuklear zu sein 12

AKW Leibstadt:
Schweizer Atomstrom aus einem gefährlichen Uraltmeiler 14

Bestandsaufnahme: Wohin mit dem Atommüll? 16

Ein Plädoyer für Humanität und Recht auf Asyl 17

„Wir müssen die Gesellschaft besser erreichen“ 18

SCHWERPUNKT

Einschüchterung versus Solidarität 20

Politische Willensbildung zwischen Freiheit & Sanktionen 22

Interview: Aktivismus und schwindende Räume 24

Experimentierfeld für Grundrechtseinschränkungen 26

Zwischen Windhoek und Gaza 28

WELT

Es gibt keinen Frieden auf einem brennenden Planeten 30

RUBRIKEN

Editorial 3

Meinung 5

Nachrichten 6

Aktion 31

Gelesen, Gesehen 32

Gedruckt, Geplant, Termine 33

Gefragt: Angelika Wilmen 34

Impressum/Bildnachweis 33



Simon Bödecker ist Referent für atomare Abrüstung bei „Ohne Rüstung Leben“.

In seiner ersten Amtszeit ist Donald Trump insbesondere durch seine Unberechenbarkeit aufgefallen. Die Kündigung wichtiger Abkommen wie des INF-Vertrages und des Atomabkommens mit Iran, eine widersprüchliche Haltung zu Russland und eine fast schon zwanghafte Fokussierung auf China bleiben in Erinnerung.

Die künftige US-Außenpolitik vorherzusehen, gleicht einem Blick in die Glaskugel. Anhaltspunkte für die Pläne der Republikaner bietet jedoch das umfangreiche Konzeptpapier „Project 2025“, das der konservative US-Thinktank „The Heritage Foundation“ veröffentlicht hat. Auf über 920 Seiten skizziert es eine politische Agenda, die auf Militarisierung ausgerichtet ist, Konfrontation sucht, Rüstungskontrollabkommen als gescheitert verspottet und den globalen Systemwettbewerb durch militärische Überlegenheit gewinnen will. Die Hauptverantwortung für die „Abschreckung gegenüber Russland“ soll an die europäischen Staaten übertragen werden. Perspektivisch ist sogar ein Abzug der US-Streitkräfte aus Europa angedacht. Ob es sich dabei um mehr als eine Drohung handelt, bleibt offen. Fest steht, dass die Trump-Administration die europäischen NATO-Staaten zu massiver Aufrüstung drängen wird.

Nukleare Aufrüstung ist ein zentraler Bestandteil des „Project 2025“. Es will die Atomwaffen-Programme beschleunigen und die Mittel für die Entwicklung und Produktion neuer und modernisierter Atomsprengköpfe erhöhen. Zudem sollen Atomtests vorbereitet werden, obwohl die USA den Vertrag über das umfassende Verbot von Atomwaffentests unterzeichnet und seit 1992 keine Atomwaffe mehr in vollem Umfang getestet haben. Die wenigen verbleibenden Rüstungskontrollverträge will das „Project 2025“ beenden – die Folge wäre vermutlich ein Zusammenbruch der internationalen Rüstungskontroll- und Nichtverbreitungsarchitektur. Andere Nationen wie Russland, China, Iran oder Nordkorea würden aller Voraussicht nach künftig ebenfalls massiv nuklear aufrüsten und eventuell sogar Atomtests durchführen.

Das muss unbedingt verhindert werden! Daher ist es von größter Bedeutung, dass die Weltgemeinschaft – allen voran die Verbündeten der USA – jetzt auf eine Einhaltung der bestehenden Verträge und Abkommen drängt und Initiativen für neue Rüstungskontrollvorhaben anstößt. Leuchtendes Vorbild und Grund zur Zuversicht ist dabei der Atomwaffenverbotsvertrag. Die Vereinten Nationen haben ihn im Jahr 2017 mit den Stimmen von 122 Staaten beschlossen. Der US-Präsident damals: Donald Trump.

Simon Bödeckers Analyse finden Sie in voller Länge auf der Seite von „Ohne Rüstung Leben“: ipnw.de/bit/trump



Neue Auflage des Waffenstillstandspapiers der IPPNW

Anlässlich von 1.000 Tagen Ukrainekrieg erneuerte die IPPNW ihre Forderung nach baldigen Verhandlungen für einen Waffenstillstand. Die zahlreichen diplomatischen Vorschläge für eine Beendigung des Krieges listet die IPPNW in der inzwischen 7. Auflage ihres Papiers „Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine“ auf.

Besonders hervorgehoben wird der im Mai 2024 von China und Brasilien veröffentlichte Friedensplan, der auch von der Schweiz unterstützt wird. Die Schweiz ist wegen ihres neutralen Status und als Ausrichterin zweier internationaler Kongresse zum Ukrainekrieg von besonderer Bedeutung. Der Sechs-Punkte-Friedensplan Chinas und Brasiliens listet Maßnahmen zur Deeskalation auf: So solle es keine geografische „Ausweitung der Schlachtfelder“, keine militärische „Ausweitung der Kämpfe“ und keine politischen „Provokationen einer der Parteien“ geben. Dialog und Verhandlungen sollten die „einzige Lösung der Ukraine-Krise“ sein. Unter Punkt zwei heißt es: „China und Brasilien unterstützen eine internationale Friedenskonferenz [...], die sowohl von Russland als auch der Ukraine anerkannt wird [...]“. Beide Staaten fordern mehr humanitäre Hilfe und die Vermeidung des Angriffs auf zivile Ziele. Sie verurteilen den Einsatz von Massenvernichtungswaffen und Angriffe auf Atomanlagen.

Mehr dazu im Interview auf Seite 34 und unter: ippnw.de/bit/waffenstillstand

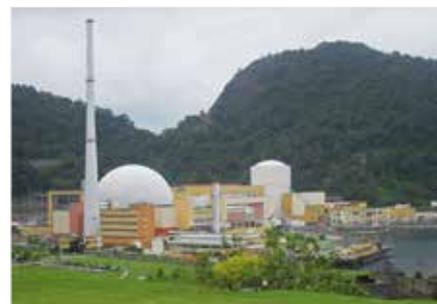


IPPNW als Beobachterin bei der Weltklimakonferenz in Baku

Zum zweiten Mal war die IPPNW im November 2024 auf der Weltklimakonferenz COP29 mit einer zivilgesellschaftlichen Delegation vertreten. Bimal Khadka (GB/Nepal), Dennis Opondo (Kenia), Yusuf Dominik (Nigeria) und Laura Wunder (Deutschland) teilten sich die zwei offiziellen Ausweise als UN-Beobachterorganisation im Verlauf der zwei Wochen. Ziel war, die Arbeit der internationalen IPPNW-Arbeitsgruppe zu Klima und Frieden voranzubringen, sich mit Akteur*innen aus der Klimapolitik, dem Gesundheitsbereich und der Friedensbewegung zu vernetzen und die Perspektive der IPPNW nach besten Kräften durch Proteste, Pressekonferenzen, Vorträge und kritische Nachfragen in verschiedenen Foren und Formaten einzubringen.

Ein wichtiges Thema der IPPNW-Delegation waren die militärischen CO₂-Emissionen: Sie heizen die Klimakrise an und müssen in die verpflichtende CO₂-Berichterstattung unter der UNFCCC aufgenommen und in Reduktionsziele integriert werden. Die IPPNW fordert auch eine Umschichtung der Rüstungsausgaben und die Besteuerung des Waffenhandels, welche Geld für Klimafinanzierung freimachen könnten. Weitere Kernthemen der Arbeitsgruppe waren: eine echte, gerechte Energiewende ohne die Atomenergie, die im Kampf gegen die Klimakrise zu teuer und langsam ist, sowie atomare Abrüstung – denn Atomwaffen stellen eine akute Bedrohung allen Lebens auf dem Planeten dar.

Mehr Infos auf Seite 30



Deutsch-brasilianisches Atomabkommen kündigen!

Anti-Atom-Organisationen und Umweltverbände haben in einem Offenen Brief an die Bundesregierung die Kündigung des 50 Jahre alten deutsch-brasilianischen Atomabkommens gefordert. Die 30 Organisationen kritisieren die regelmäßigen Lieferungen von angereichertem Uran aus Gronau sowie von Uranbrennstäben aus Lingen nach Brasilien. Unterstützt werden sie dabei von mehr als 1.700 Personen, die eine Petition der Kooperation Brasilien – KoBra e.V. unterschrieben haben.

Das deutsch-brasilianische Atomabkommen war 1975 noch mit der Militärdiktatur in Brasilien vereinbart worden. Von ursprünglich acht geplanten Reaktoren wurde nur einer – Angra 2 – gebaut, Angra 3 wurde nie fertiggestellt. Zudem verfügt Brasilien über eine Urananreicherungsanlage, die auf der Zentrifugentechnologie des Konzerns Urenco basiert, der im westfälischen Gronau die einzige deutsche Urananreicherungsanlage betreibt. In den vergangenen Jahren billigte die Bundesregierung im jährlichen Rhythmus Genehmigungen für den Export von angereichertem Uran aus Gronau nach Brasilien.

„Wir dürfen nie vergessen, dass jede Atomanlage ein potenziell entscheidender Schritt zur militärischen Nutzung ist. Atomenergie und Atomwaffen sind und bleiben eng miteinander verknüpft und ein Land, das wie Deutschland den Atomausstieg beschlossen hat, sollte sich zugunsten einer friedlichen Welt ohne Atomwaffen aus allen Bereichen dieser Industrie zurückziehen“, erklärte die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen.



Protest gegen Brennelemente-Fabrik in Lingen



Kundgebungen für einen gerechten Frieden im Nahen Osten



IPPNW unterstützt alternative Antisemitismus-Resolution

Magnus Manzke / CC BY-SA 3.0

Rund 20 Anti-Atom-Organisationen und Umweltverbände aus Niedersachsen und NRW haben am 26. Oktober 2024 in Lingen demonstriert. Anlass ist der geplante Einstieg des russischen Staatskonzerns Rosatom in die Brennelementefertigung in Lingen. Als Staatskonzern ist Rosatom für die russischen Atomwaffen zuständig. Der Konzern ist außerdem in den Ukrainekrieg verwickelt, indem er sich an der Besetzung des ukrainischen AKW Saporischschja beteiligt.

Die Anti-Atomkraft-Organisationen fürchten, dass Lingen in den geopolitischen Einflussbereich des Kremls gerät, weil der Konzern im Emsland Zugang zu Personal und Know-How erhält. Das Demo-Bündnis fordert deshalb die Ablehnung eines Antrags des französischen Brennelementeherstellers Framatome beim niedersächsischen Umweltministerium, gemeinsam mit Rosatom in Lingen Brennelemente russischer Bauart herzustellen. Zugleich fordern die Organisationen die Stilllegung der Brennelementefabrik in Lingen sowie der nahe gelegenen Urananreicherungsanlage in Gronau.

Auf der Demonstration sprach u.a. Vladimir Sliviyak, Ko-Vorsitzender der in Russland als „ausländischer Agent“ verfolgten Umweltorganisation Ecodefense. Für die IPPNW redete Atomenergie-Referent Patrick Schukalla über Verknüpfungen von ziviler und militärischer Atomenergie.

Ein breites Bündnis von mehr als 30 Organisationen, darunter Amnesty International in Deutschland, Medico International und die IPPNW, hat in Berlin und anderen Städten „Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel“ protestiert.

Das Bündnis fordert die Bundesregierung dazu auf, sich mit allen Mitteln für einen sofortigen und umfassenden Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien einzusetzen. Es appelliert ebenso, keine Rüstungsgüter an Israel zu liefern, wenn diese völkerrechtswidrig eingesetzt werden. Gefordert wird außerdem, die internationale Gerichtsbarkeit ohne Einschränkungen zu unterstützen, um die Straflosigkeit in Israel/Palästina zu beenden.

Bei der Kundgebung in Bremen am 16. November 2024 kritisierte der IPPNW-Vorsitzende Dr. Lars Pohlmeier u.a. die geplante Schließung des UN-Palästinenser-Hilfswerks UNRWA durch Israel. Das von der israelischen Knesset beschlossene Gesetz verbietet dem Hilfswerk, Dienstleistungen auf israelischem Territorium anzubieten. Mit dem Verbot drohe eine weitere Verschärfung der humanitären Krise, so Pohlmeier. UNRWA biete seit 75 Jahren Schulbildung, Gesundheitsversorgung und Lebensmittelhilfe für die Palästinenser*innen. Eine andere Organisation, die die Erfahrung und Infrastruktur habe, um die notwendigen Hilfen zu leisten, sei nicht in Sicht.

Mehr unter:
gerechter-frieden.org

Als Reaktion auf die „Antisemitismus-Resolution“ des Bundestages und das intransparente und undemokratische Verfahren ihrer Entstehung ist eine breit getragene zivilgesellschaftliche Initiative entstanden. Die IPPNW hat den Alternativvorschlag von sechs Wissenschaftler*innen zur Antisemitismus-Resolution unterstützt. Diese sprechen sich für inklusive Wege aus, um Jüdinnen und Juden zu schützen, und fordern eine öffentliche Debatte über die richtige Antwort auf Antisemitismus.

Zu den Unterzeichner*innen des Aufrufs gehören prominente Vertreter*innen des öffentlichen Lebens sowie Organisationen wie Amnesty International, Medico International und Oxfam Deutschland.

Juristinnen und Juristen warnen schon lange vor Rechtsunsicherheit, sollte die umstrittene Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) zur Grundlage von Gesetzen gemacht werden. Die Resolution konzentriert sich auf Bereiche, die von staatlicher Förderung abhängig sind – insbesondere auf Bildung, Wissenschaft und Kultur. Viele Kritiker*innen befürchten eine Einschränkung der Meinungs-, Kunst-, Wissenschafts- und Versammlungsfreiheit. Die Resolution verfehle das Ziel, jüdisches Leben in Deutschland zu schützen und könne schwerwiegende Verletzungen von Grundrechten zur Folge haben.

Mehr auf Seite 26-27. Alternativer Aufruf unter: ippnw.de/bit/gegenentwurf

Für ein Deutschland ohne Mittelstreckenwaffen

Eine neue Kampagne leistet Aufklärung über die geplante Raketenstationierung

Als brandgefährlich kritisiert die IPPNW den Beschluss zur Stationierung von weitreichenden landgestützten Waffensystemen ab 2026 in Deutschland. Diese Waffen können auch mit den vorgesehenen konventionellen Sprengköpfen eine hohe Sprengkraft entfalten und mit minimalen Vorwarnzeiten ihre Ziele weit in Russland treffen. Raketen sind Magneten – die Stationierung würde Deutschland zu einem möglichen strategischen Angriffsziel machen. Die Stationierungspläne wurden mit einer bilateralen Erklärung der Regierungen der USA und Deutschlands vom 10. Juli 2024 bekannt. Im Folgenden fassen wir die Informationen noch einmal zusammen und gehen auf die neuesten Entwicklungen unserer IPPNW-Arbeit ein.

Laut dem gemeinsamen Statement sollen drei Waffensysteme nach Deutschland kommen: Raketen, Marschflugkörper und Hyperschallwaffen (unterschiedliche Flugbahnen: siehe Grafik auf S. 9).

Ballistische Raketen werden nur in der Startphase angetrieben und folgen im Wesentlichen einer parabelförmigen Flugbahn. Marschflugkörper haben einen permanenten Antrieb und navigieren in geringer Flughöhe, so dass sie nur schwer vom Radar erfasst werden können. Hyperschallwaffen starten mit einer Rakete („Rocket Booster“), die einen antriebslosen Gleitkörper freisetzt, der mit Hyperschallgeschwindigkeit auf variabler Flugbahn und mit einem Sprengkopf von hoher Explosivkraft das Ziel präzise ansteuert.

Der Stationierungsbeschluss betrifft konkret:

» **Raketen vom Typ Standard Missile SM-6** sind lenkbar und dienen in der Regel der Luftabwehr. Die für Deutschland vorgesehene Version ist für den Einsatz gegen Bodenziele umgerüstet. Mehr als fünffache Schallgeschwindigkeit, mutmaßliche Reichweite 1.600 Kilometer.

» **Landgestützte Marschflugkörper des Typs Tomahawk:** Sie fliegen mit etwa 880 km/h tief in gegnerisches Territorium, um Bunker, Radaranlagen, Raketensilos oder Kommandoposten zu zerstören. Reichweite 1.700 – 2.500 Kilometer.

» **Die Hyperschallwaffe Dark Eagle** befindet sich derzeit in der Entwicklung. Im Juni 2024 gab das US-Verteidigungsministerium einen vollständigen Flugtest eines Hyperschallflugkörpers bekannt, ein weiterer Test sei bis Ende 2024 geplant. Reichweite etwa 2.800 Kilometer, Geschwindigkeit laut US-Armee 6.115 km/h.

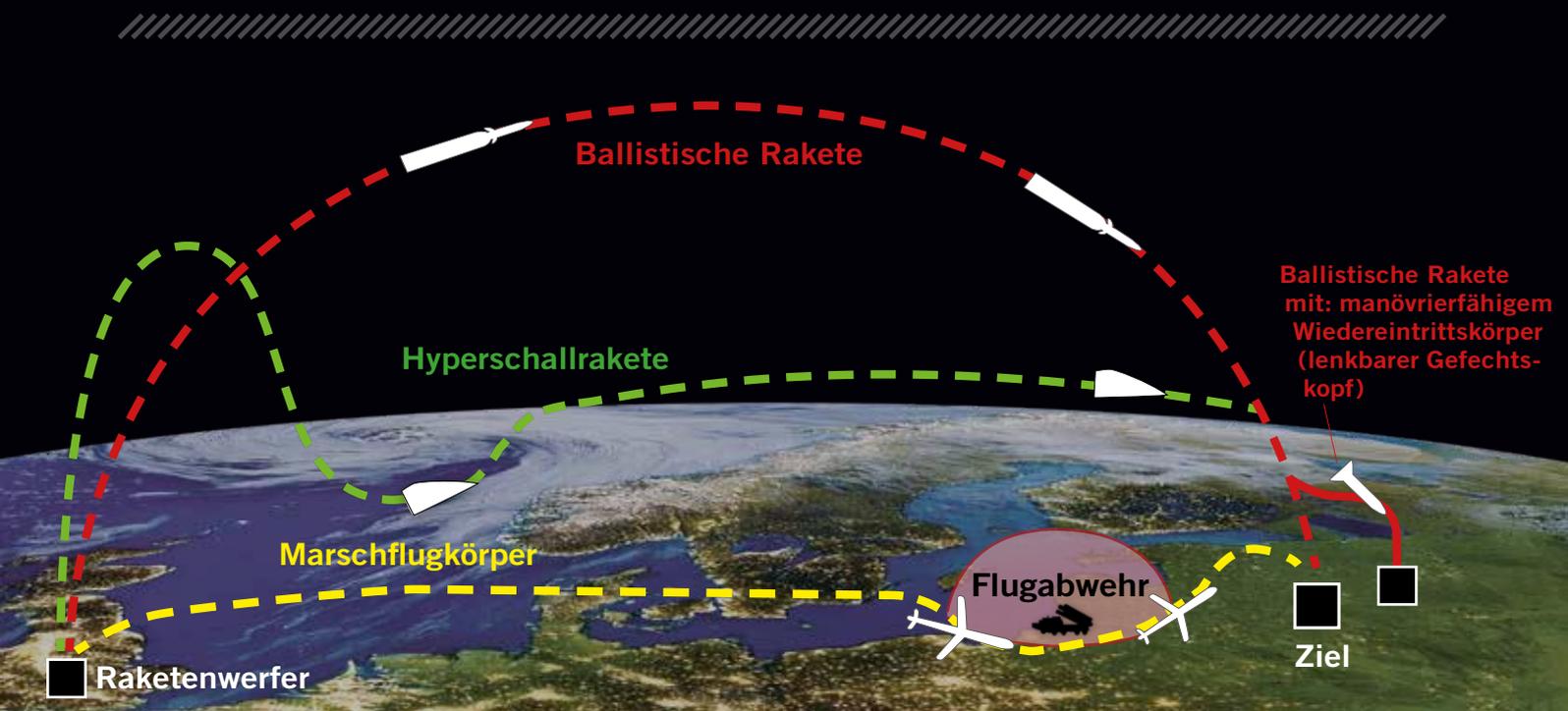
Die USA werden die neuen Waffensysteme im Rahmen ihrer „Multi-Domain Task Force“ (MDTF) in Deutschland stationieren, zunächst zeitweilig, geplant sei die künftige dauerhafte Stationierung. Wie viele dieser Waffen kommen und wo sie stationiert werden, ist noch nicht bekannt. Mit der Aufstellung ihrer MDTFs, fünf weltweit, haben die USA bereits 2017 begonnen.

Ernstzunehmende „Fähigkeitslücke“?

Die Bundesregierung spricht von einer „Fähigkeitslücke der Europäer“, die zu schließen sei. Russland besitzt tatsächlich ein breites Spektrum von Kurz- und Mittelstreckenraketen, Hyperschallwaffen und Marschflugkörpern, das schließt die in Kaliningrad stationierten konventionell oder atomar bestückbaren Iskander-Raketen mit ein. Doch die militärischen Gleichgewichte erweisen sich bei genauer Betrachtung als komplex. Asymmetrien sind zu berücksichtigen: US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa zielen auf Moskau, russische Raketen zielen auf Westeuropa, nicht auf Washington. Nach Expertenmeinung sind die Luft- und Seestreitkräfte der NATO denen Russlands überlegen – die Behauptung einer „Fähigkeitslücke“ überzeugt nicht. Mit der Stationierung würde ein „de-facto-Moratorium“ beendet, das nach der Kündigung des INF-Vertrags 2019 bis jetzt eingehalten wurde.

Die Atomkriegsgefahr steigt – auch bei konventionellen Erstschlagwaffen

Die neuen Waffen sollen konventionelle Sprengköpfe tragen. Sie können jedoch genutzt werden, um strategische Ziele (wie etwa Atomwaffenstandorte) weit in Russland zu treffen. Auch präemptive, also „vorbeugende“ Angriffe, werden somit denkbar. Wegen der kurzen Vorwarnzeit der Raketen und der niedrigen Flugbahn der Marschflugkörper unterhalb des Radars wäre es Russland kaum möglich, einen Angriff abzuwehren. Aus russischer



Sicht geht es um die Gefahr eines Überraschungsangriffs zum Erstschlag, und tendenziell um einen sogenannten „Enthauptungsschlag“, mit dem die Führungsspitze einer Regierung ausgeschaltet werden kann.

Je kürzer die Vorwarnzeiten der in Deutschland stationierten Waffen, desto stärker wird der Anreiz für den potenziellen Gegner, diese Waffen vorbeugend anzugreifen. Solche präemptiven Schläge gegen Deutschland wären denkbar, wenn die russische Regierung zu der Einschätzung kommen sollte, dass die neuen Waffensysteme in der Lage wären, die eigenen nuklearen Fähigkeiten zu bedrohen.

Mit den stark verkürzten Vorwarnzeiten steigt auch die Gefahr, dass es aus Versehen zu einem Atomkrieg kommt, durch Unfälle, technische Fehler oder Missverständnisse. Die angekündigten Hyperschallwaffen vom Typ Dark Eagle sind z. B. aufgrund ihrer kurzen Flugzeiten enorm destabilisierend.

Deutschland im Fadenkreuz

Die USA werden ihre Mittelstreckenwaffen gemäß der bilateralen Erklärung nur in Deutschland stationieren. Damit wird das Risiko der Stationierung – anders als im NATO-Doppelbeschluss von 1979 – nicht von anderen europäischen Ländern geteilt. So machen diese Waffensysteme Deutschland und die hier lebenden Menschen im Spannungsfall zu einem bevorzugten Angriffsziel.

Die Stationierung erfolgt im Rahmen einer MDTF der US-Armee in Deutschland. Von offizieller Seite unbeantwortet ist die Frage, „ob Deutschland überhaupt ein Mitspracherecht über den Einsatz der hier stationierten Langstreckensysteme haben wird“, oder ob es vor allem darum geht, „den USA im Kriegsfall aus Deutschland heraus den Einsatz von Waffensystemen zu ermöglichen [...], ohne dass sich die USA selbst gefährden“, wie es Erich Vad in der Berliner Zeitung vom 4. September 2024 formulierte.

Ein weiterer Unterschied zum NATO-Doppelbeschluss von 1979 ist, dass die aktuelle, bilaterale Erklärung kein Verhandlungsangebot über Rüstungskontrollmaßnahmen oder einen Abrüstungsvertrag enthält.

Der Bundestag wurde trotz der Tragweite für die Sicherheit Deutschlands erst zehn Tage nach der Ankündigung des Kanzlers über die Stationierung informiert. Am 10. Oktober 2024 hat der Bundestag Anträge der Linken und des BSW nach halbstündiger Debatte in die Ausschüsse verwiesen. Die Linke fordert unter anderem, „die Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen im Bundestag zu debattieren“ und „das bilaterale Abkommen mit den USA über die Stationierung [...] zu annullieren“. Das BSW fordert u.a., die „Zustimmung zu dem bilateralen Abkommen [...] zurückzuziehen“ und eine „Volksbefragung“ zu ermöglichen.

Die Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig“

Am 4. November 2024 wurde die Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig: Für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen“ von 36 Organisationen gegründet. Die Kampagne soll Aufklärungsarbeit leisten, um die Öffentlichkeit besser über die Risiken der Stationierungspläne zu informieren. Aber auch die Politik soll adressiert und die Entscheidung kritisiert werden.

Darüber hinaus war die bundesweite Friedensdemonstration am 3. Oktober 2024 in Berlin der Start für den „Berliner Appell“ gegen die geplante Stationierung. Den Appell, zu deren Erstunterzeichner*innen auch die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen gehört, können Sie online unterzeichnen oder hier als Unterschriftenliste herunterladen: nie-wieder-krieg.org

Die Website der neuen Kampagne finden

Sie unter: friedensfaehig.de

Die Quellen zu diesem Artikel finden

Sie unter: ippnw.de/bit/raketen



Juliane Hauschulz ist IPPNW-Campaignerin für die Abschaffung von Atomwaffen. Ralph Urban ist Mitglied des Vorstandes der IPPNW.

Todeszone Gaza

Humanitäre Hilfe unter Beschuss

Es ist ein besonderes Privileg in der Medizin, Hoffnung zu geben, auch wenn die Situation hoffnungslos erscheint. Medizinische Einrichtungen gelten als besonders schutzbedürftig. Doch immer häufiger werden Krankenhäuser und andere Gesundheitseinrichtungen Ziele von Militärangriffen. Das gilt in besonders drastischem Ausmaß im Gazakrieg, den die israelische Regierung als Reaktion auf das Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 begann und in dem nach palästinensischen Angaben mindestens 44.000 Palästinenser*innen getötet und mehr als 100.000 Menschen verletzt wurden. Fast alle medizinischen Einrichtungen wurden zerstört oder beschädigt. Im Libanon wurden bislang knapp 2.500 Menschen getötet, viele davon unsere Kolleginnen und Kollegen; Helfer*innen in den verschiedenen Berufen des Gesundheitswesens. Die tatsächliche Zahl der Toten in Gaza könnte nach Schätzungen der Global-Health-Professorin Devi Sridhar möglicherweise bis Ende 2024 bei über 300.000 liegen. Sie beruft sich auf Berechnungen des Lancet.

Im Schatten der Eskalation mit Iran und der Offensive in Libanon schafft die israelische Regierung in Nordgaza Fakten. Der sogenannte „Plan der Generäle“ hat das Ziel, alle schätzungsweise 300.000-400.000 Palästinenser*innen aus dem nördlichen Gazastreifen zu vertreiben. Danach sollen humanitäre Hilfslieferungen komplett gestoppt werden. Jeder, der dort verbleibt, wird als feindlicher Kämpfer betrachtet und getötet, wenn er sich nicht ergibt.

Am 6. Oktober 2024 veröffentlichte die israelische Armee neue Evakuierungsbefehle für den Norden Gazas. In den Tagen darauf wurden diese noch einmal ausgeweitet

– das gesamte Gebiet nördlich von Gaza und Teile der Stadt sollen geräumt werden. Kurz darauf begann die Militäroffensive. Laut der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen kamen bereits seit dem 1. Oktober 2024 keinerlei Hilfslieferungen mehr in den Norden des Gazastreifens. Zwar hat die israelische Armee die sogenannte humanitäre Zone im Süden des Küstenstreifens jüngst erweitert. Dort leben allerdings bereits jetzt über eine Million Menschen unter katastrophalen Bedingungen. Laut verschiedenen Medienberichten hat daher ein Großteil der Bevölkerung den Norden Gazas trotz Aufforderungen der israelischen Armee nicht verlassen.

Laut einem Bericht des israelischen „+972 Magazine“ gibt es im nördlichen Gazastreifen nur drei größere medizinische Einrichtungen, in die in den letzten Wochen Hunderte von Opfern gebracht wurden: Das Indonesische Krankenhaus und das Kamal Adwan Krankenhaus in Beit Lahiya sowie das Al-Awda-Krankenhaus in Jabalia. Doch die israelische Armee hat auch diese Krankenhäuser angegriffen und die meisten Ärzt*innen festgenommen. Verwundete konnten nicht mehr behandelt werden. Ärzte ohne Grenzen und die UNO bezeichnen die Situation als „unmittelbar lebensbedrohlich“. Auch das Indonesische Krankenhaus und Al-Awda habe die israelische Armee wiederholt bombardiert. In ersterem seien zwei Patienten an den Folgen des Stromausfalls gestorben, bevor das Krankenhaus seinen Betrieb ganz eingestellt habe.

Viele Informationen über das Ausmaß der Verwüstung im Gazastreifen wurde aus Satellitendaten, von humanitären Organisationen und dem Gesundheitsministerium des Gazastreifens zusammengetragen. Die israelische Regierung lässt keine Journa-

list*innen oder Menschenrechtsermittler*innen in den Gazastreifen, abgesehen von ausgewählten Journalist*innen, die vom israelischen Militär begleitet werden. Die Berichte palästinensischer Journalist*innen im Gazastreifen dringen oft nicht an die Öffentlichkeit, trotz der tödlichen Risiken, die sie bei ihrer Arbeit eingehen.

Eine Gruppe unabhängiger Beobachter*innen, die den Gazakrieg Tag für Tag vor Ort miterlebt haben, sind jedoch freiwillige Mitarbeiter*innen des Gesundheitswesens. In der New York Times vom 9. Oktober 2024 werden 44 Ärzt*innen, Krankenschwestern und Sanitäter*innen zitiert, die mehrere Fälle von Kindern im Teenageralter behandelt haben, denen im Gazastreifen in den Kopf oder in die Brust geschossen worden war (siehe Kasten). Dr. Sidhwa ist Trauma- und Allgemeinchirurg und arbeitete im März und April 2024 zwei Wochen lang im European Hospital in Khan Younis, Gaza. Er schreibt in der New York Times: „Fast jeden Tag dort sah ich ein weiteres Kleinkind, dem in den Kopf oder in die Brust geschossen worden war, und fast alle starben. Insgesamt waren es dreizehn. Damals nahm ich an, dass dies das Werk eines besonders sadistischen Soldaten sein musste, der sich in der Nähe befand. Doch nach meiner Rückkehr traf ich einen Notfallmediziner, der zwei Monate vor mir in einem anderen Krankenhaus in Gaza gearbeitet hatte. *„Ich konnte nicht glauben, wie viele Kinder ich mit Kopfschüssen gesehen habe“*, sagte ich ihm. Zu meiner Überraschung antwortete er: *„Ja, ich auch. Jeden einzelnen Tag.“*“

Auch der ehemalige NHS-Chirurg Nizam Mamode, der in Gaza behandelt hat, berichtete am 13. November 2024 im Ausschuss für internationale Entwicklung des britischen Parlaments von absichtlichen



X.com / Raed Al-Sharif / Palestine Red Crescent Society

SANITÄTER DES ROTEN HALBMONDS AUF DEM WEG IN DEN EINSATZ, RAFAH, GAZA, 24. OKTOBER 2024

„What we saw in Gaza“

„Eines Nachts sah ich in der Notaufnahme innerhalb von vier Stunden sechs Kinder im Alter von 5 bis 12 Jahren, alle mit einzelnen Schusswunden im Kopf.“ *Dr. Mohamad Rassoul Abu-Nuwar, Allgemeiner Chirurg, 36 Jahre alt, Pittsburgh*

„Pädiatrische Patienten mit Schussverletzungen wurden auf dem Boden behandelt und verbluteten oft auf dem Boden des Krankenhauses, weil es an Platz, Ausrüstung, Personal und Unterstützung mangelte. Viele starben unnötigerweise.“ *Nina Ng, Krankenschwester in der Notaufnahme, 37 Jahre alt, New York*

„Unser Team betreute etwa vier oder fünf Kinder im Alter von 5 bis 8 Jahren, die alle mit jeweils mit einem Schuss in den Kopf getroffen wurden. Sie kamen alle zur gleichen Zeit in die Notaufnahme. Sie sind alle gestorben.“ *Dr. Irfan Galaria, Plastischer und rekonstruktiver Chirurg, 48 Jahre alt, Chantilly*

„Ich sah ein Kind, dem in den Kiefer geschossen worden war. Kein anderer Teil seines Körpers war betroffen. Er war völlig wach und wusste, was vor sich ging. Er starrte mich an, während er an seinem eigenen Blut ersticke, während ich versuchte, das Blut mit einer kaputten Absaugvorrichtung abzusaugen.“ *Rania Afaneh, Sanitäterin, 23 Jahre alt, Savannah*

„Eines Tages sah ich in der Notaufnahme einen Drei- und einen Fünfjährigen, jeder von ihnen hatte genau ein Einschussloch im Kopf. Auf die Frage, was passiert sei, antworteten der Vater und der Bruder, man habe ihnen gesagt, dass Israel sich aus Khan Younis zurückziehe. Also kehrten sie zurück, um zu sehen, ob noch etwas von ihrem Haus übrig war. Dort habe ein Scharfschütze gewartet, der die beiden Kinder erschoss.“ *Dr. Khawaja Ikram, Orthopädischer Chirurg, 53 Jahre alt, Dallas*

Tötungen von Kindern, das jüngste drei Jahre alt. Er spricht mit Blick auf den Gazastreifen von einer Landschaft, die ihn an Hiroshima und Nagasaki erinnert habe.

Verbot der UNWRA

Im November 2024 hat die israelische Knesset ein Gesetz beschlossen, das dem palästinensischen Hilfswerk UNWRA verbietet, jedwede Vertretung auf israelischem Territorium zu betreiben, Dienstleistungen anzubieten sowie jegliche direkten oder indirekten Aktivitäten abzuhalten. Das Palästinenserhilfswerk müsste seine Tätigkeit auf israelischem Territorium – inklusive Ostjerusalem – komplett einstellen. Die humanitäre Situation im Gazastreifen ist aber jetzt schon apokalyptisch und mit unvorstellbarem menschlichen Leid verbunden. Mit dem Verbot droht eine weitere Verschärfung der humanitären Krise: Dies ist eine Kriminalisierung humanitärer Hilfe.

Etwa zwei Millionen Menschen sind in Gaza auf die lebenswichtige Hilfe des UN-Hilfswerkes angewiesen. Laut der britischen Hilfsorganisation Oxfam leidet eine halbe Million unter katastrophalem Nahrungsmittelmangel. Pro Person und Tag gibt es weniger als fünf Liter Wasser für Trinken und Hygiene – weit weniger als das erforderliche Minimum für einen Menschen. Kinder sind schwer mangelernährt. Jederzeit kann dort eine offizielle Hungersnot ausgerufen werden. Das Menschenrecht auf Leben und Gesundheit wird in Gaza täglich verletzt.

Der neue Report von Human Rights Watch spricht von 1,9 Millionen vertriebenen Palästinenserinnen und Palästinensern – das sind über 90 Prozent der Bevölkerung. Der Vorwurf an die israelische Regierung ist schwerwiegend: Es handele sich um die

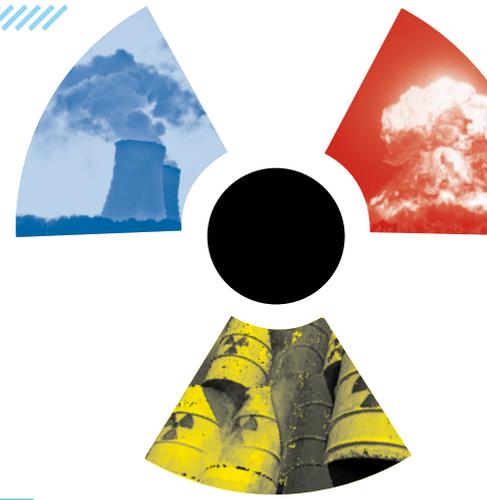
vorsätzliche und kontrollierte Zerstörung von Häusern und ziviler Infrastruktur in Gaza durch israelische Truppen. Es geht um die Frage von Kriegsverbrechen.

Die IPPNW fordert von der Bundesregierung, sich gegenüber der israelischen Regierung dafür einzusetzen, dass das Verbot des Palästinenser-Hilfswerks der UN aufgehoben wird. Wir müssen weiterhin unermüdlich für die Stärkung unabhängiger internationaler Institutionen eintreten. Darunter vor allem für die Stärkung der derzeit so sehr diskreditierten und marginalisierten Vereinten Nationen. Ohne die UN wird es nicht gehen.

Der Krieg, den die in Teilen rechtsradikale israelische Regierung führt, dient nicht der Befreiung der Hamas-Geiseln. Er macht statt dessen in unerträglicher Weise Palästinenserinnen und Palästinenser, darunter Frauen, Alte und Kinder, zu Opfern. Diese Politik zu unterstützen, ist eben keine Solidarität mit Israel. Wenn wir die Menschen in der Region nicht in den Untergang stürzen lassen wollen, müssen wir laut und deutlich Verletzungen des humanitären Völkerrechts, das massenhafte Töten und die Kriegsverbrechen benennen. Ja, die Situation erscheint wie eine Apokalypse. Und dennoch: Manchmal müssen wir das Unmögliche denken, um das Unmögliche zu schaffen.



Dr. Lars Pohlmeier ist Co-Vorsitzender der IPPNW. Angelika Wilmen ist IPPNW-Referentin für Frieden.



Nuclearity: Was es heißt, *nuklear* zu sein

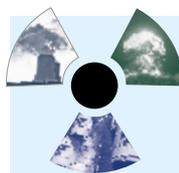
—Die (Nicht-)Thematisierung von Radioaktivität muss kritisch hinterfragt werden—

Was bedeutet es, nuklear zu sein? Radioaktivität existiert als physikalisches Phänomen, unabhängig davon, ob sie erfasst und gemessen, banalisiert oder problematisiert wird. Aber sind alle Glieder der nuklearen Kette gleichsam nuklear? Wann und wo sind Atomwaffentests nuklear und was steht auf dem Spiel, wenn niemand ihre strahlenden Folgen misst?

Im Alltagsverständnis, aber auch in weiten Teilen des politischen oder wissenschaftlichen Diskurses, herrscht eine scheinbar klare Unterscheidung zwischen „Nuklearem“ und „Nicht-Nuklearem“. Wir kennen Nuklearwaffen und nuklearen Fallout. Ein AKW heißt auf Englisch „Nuclear Power Plant“ und die größte Lobbyorganisation der Atomindustrie heißt „World Nuclear Association“. Doch wie klar und eindeutig ist die Unterscheidung? Was macht eine Technologie, einen Ort, einen Arbeitsplatz, einen Staat nuklear? Wo wird diese Zuschreibung unterlassen, wo ist sie selbstverständlich? Niemand würde in Frage stellen, ob Atombomben oder Atomkraftwerke nuklear sind. Ein Bericht des Joint Research Centre der EU stellte 2021 fest, dass der Hauptunterschied zwischen Atomkraftwerken und konventionellen Kraftwerken im Vorhandensein von radioaktivem Material im AKW besteht. Die Unterscheidung scheint also zunächst transparent, feststehend und quasi objektiv messbar zu sein und sich in der Frage nach Kernspaltung und Radioaktivität bzw. der An- oder Abwesenheit von technischen Einrichtungen, die mit radioaktivem Material operieren, zu erschöpfen. Dennoch beobachten wir, dass das Vorhandensein von radioaktivem Material nicht immer und überall zu den gleichen Schlussfolgerungen und Maßnahmen führt. Was bedeutet es also, nuklear zu sein?

Die Historikerin und Anthropologin Gabrielle Hecht argumentiert in ihrem Buch „Being Nuclear: Africans and the Global

Uranium Trade“, dass nicht allein das Vorhandensein von radioaktivem Material zu bestimmten Maßnahmen führt, sondern der Grad der Politisierung desselben. Hecht führt hierfür den Begriff „Nuclearity“ ein, der keine einfache technisch-wissenschaftliche Einordnung ist, die einzig von der An- oder Abwesenheit von



Am 25. Oktober 2024 fand in Hannover die Fachtagung „Nuklearer Fallout“ des Fachportals „Atommüllreport“ statt. Sie beschäftigte sich in diesem Jahr mit dem zivil-militärischen Atomkomplex. Der Artikel basiert auf dem Tagungsbeitrag von Juliane Hauschulz und Patrick Schukalla, die unter dem Titel „Ontologie des Nuklearen – Kontamination, Müll, Wertstoff?“ eine Diskussion über das Spannungsfeld zwischen Politisierung und Banalisierung des Nuklearen angestoßen haben.

Radioaktivität abhängt, sondern eine umstrittene, politisch geprägte Zuschreibung bezeichnet. Die allseitig anerkannte Nuclearität des Reaktorkerns eines AKW führt nicht notwendigerweise zur gleichen Politisierung des radioaktiven Elements und Rohstoffs Uran an den Orten des Bergbaus. Und dass, obwohl Arbeiter*innen in Uranminen teilweise höheren Strahlenbelastungen ausgesetzt sind als in jedem anderen Bereich der Atomindustrie. Eine

neutrale Unterscheidung zwischen dem Nuklearen und dem Konventionellen, die allein in der Radioaktivität besteht, bietet also keine verlässliche Matrix. Vielmehr sind die Zu- und Aberkennung dieses Status, die „Sichtbarkeit“ und „Unsichtbarkeit“ radioaktiver Strahlung und ihrer Folgen an weitere Zuschreibungen gebunden. So folgt etwa die Geographie der Uranversorgung von Atomkraftwerken bis heute kolonialen Mustern.

Ähnlich verhält es sich auch mit den Folgen der Tests von Atomwaffen. Denn auch hier bedeutete die Explosion von Nuklearwaffen im Auftrag von Nuklearwaffenstaaten nicht, dass auch die Folgen und das zurückbleibende Material als nuklear eingestuft wurden. Und auch hier sorgen koloniale und rassistische Zuschreibungen dafür, dass eine Problematisierung ausbleibt und der Grad der Politisierung im Globalen Norden bis heute niedrig ist. Bereits die Auswahl der Testgebiete beruhte auf der klassischen kolonialen Zuschreibung dieser Orte als menschenleer – ein Mythos, der auch im 2023 erschienenen Film „Oppenheimer“ wiederholt wurde.

Tatsächlich lebten in den Gebieten Menschen, die teilweise zwangsumgesiedelt oder vertrieben und in keinem Fall über die Gefahren der Explosionen informiert wurden. Rassistische Denkweisen machten die lokale Bevölkerung unsichtbar für Entscheidungsträger*innen und eine breite Öffentlichkeit. Und bis heute werden die Folgen nur selten problematisiert und im Gegenteil sogar weiterhin unsichtbar gemacht, wie etwa der deutschsprachige Wikipedia-Artikel zu den Marshallinseln zeigt. Dieser erwähnt die Atomwaffentests zwar kurz, später heißt es dennoch: „Hohe Arbeitslosigkeit trug außerdem zum Niedergang der ursprünglichen Lebensweise bei, da die Bevölkerung dem Fisch-

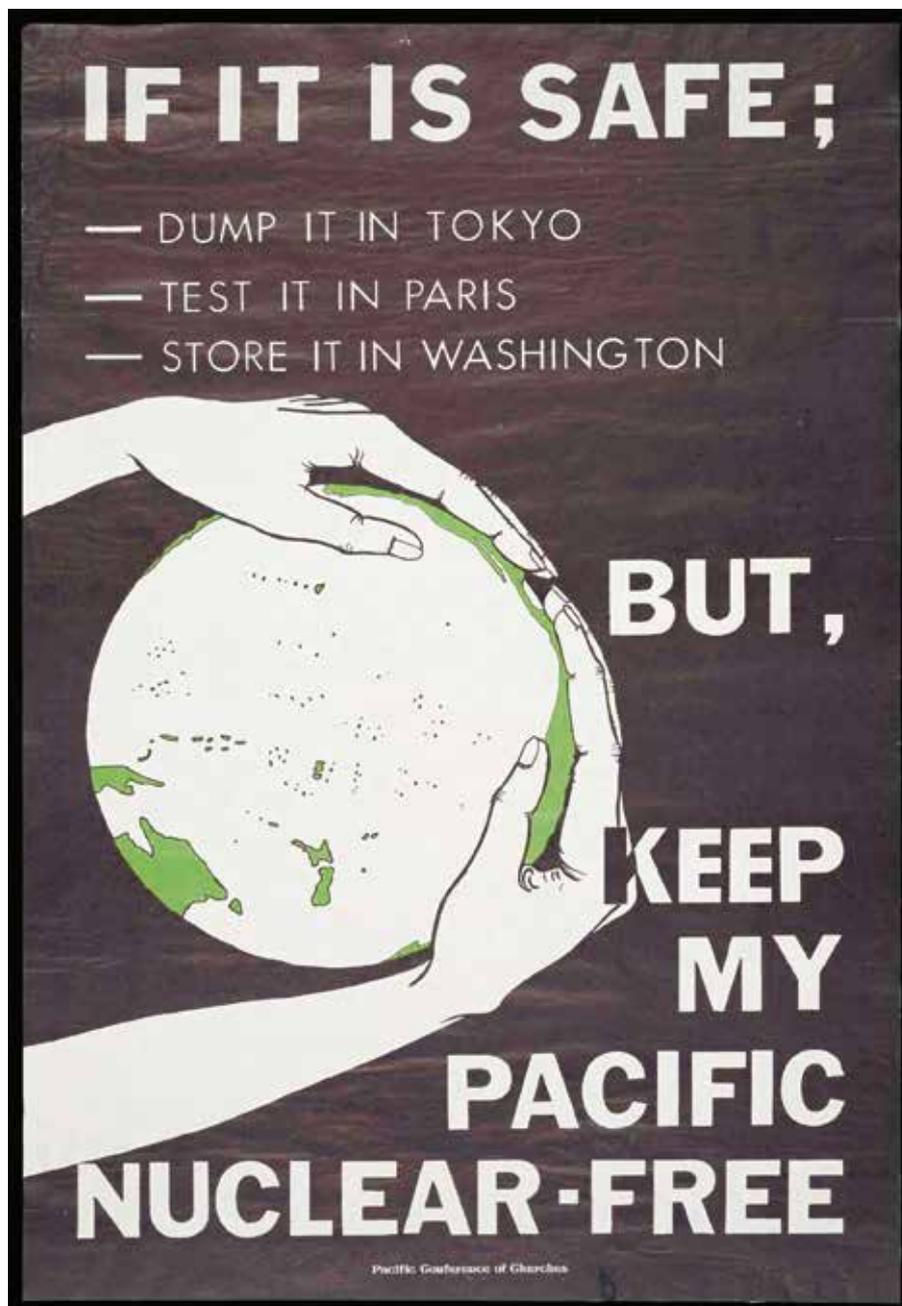


fang nicht mehr nachgehen wollte.“ Nicht Zwangsumsiedlungen, gesundheitliche Folgen und die radioaktive Kontamination der Lebensgrundlage verhindern Prosperität und eine nachhaltige Lebensweise, sondern die Faulheit der Bevölkerung, so die klassisch-rassistische Unterstellung.

Auch im Umgang mit kontaminierten Flächen und zurückbleibendem Material nach Ende der Tests zeigen sich verschiedene Grade der Politisierung der Zusammenhänge des Strebens nach nuklearer Militärmacht und der zurückbleibenden radioaktiven Kontamination. In Algerien und im heutigen Kiribati wurde kontaminiertes Gerät oberflächennah im Sand vergraben. Die Menschen vor Ort wurden nicht gewarnt und nutzen die Materialien teils weiter. In Kiribati führte erst die Forderung der unabhängigen Regierung dazu, dass die für die Tests verantwortliche ehemalige Kolonialmacht Großbritannien 23.000 Kubikmeter radioaktives Material einsammelte und nach Großbritannien brachte.

Auf den Marshallinseln detonierten die USA jahrelang ihre Atombomben. Einen Teil des zurückbleibenden, kontaminieren Schutts füllten sie in einen der Explosionskrater und versiegelten diesen mit einer Betonkuppel. Der so entstandene „Runit Dome“ ist nach unten hin nicht abgedichtet, radioaktive Stoffe entweichen in den Ozean. Dennoch verweigern die USA Sanierungsarbeiten.

Australien, wo britische Atomwaffentests stattfanden, steht für ein Beispiel innerer Kolonisierung der *First Nations*, auf deren Land die Tests stattfanden. Auch hier wurden die betroffenen Gemeinschaften nicht informiert, auch hier gab es Zwangsumsiedlungen und Vertreibungen. Einer späteren Anerkennung der nuklearen Hinterlassenschaften ist es zu verdanken, dass es 1967 überhaupt zu Aufräumarbeiten



PLAKAT DER PACIFIC CONFERENCE OF CHURCHES, 1981

kam, deren Ergebnis jedoch 1984 vom Australian Radiation Laboratory als unzureichend bewertet wurde. Trotz folgender Arbeiten sind einige Landesteile bis heute belastet. Es zeigt sich also, dass die Folgen der Atomwaffentests unterschiedlich politisiert und problematisiert wurden.

Ob sichtbar, politisiert und problematisiert oder unsichtbar, banalisiert und gelegnet: Im Kern eines jeden Atomreaktors sowie in der radioaktiven Kontamination von Atomwaffentestgebieten verdichten sich globale nukleare Verhältnisse. Der Grad der Sichtbarkeit dieser Verhältnisse hängt nicht von objektiv-technischen Parametern ab. Auch heute entscheidet die aktive Politisierung und Problematisierung darüber, ob Folgen und Risiken für die Umwelt und die menschliche Gesundheit anerkannt wer-

den. Deshalb sollten wir die (ausbleibende) Thematisierung von Radioaktivität und deren Folgen stets kritisch hinterfragen und den Betroffenen Raum für ihre Geschichten und Perspektiven geben. Nur so können wir die Lücken einer vermeintlich objektiven Diskussion schließen.



Juliane Hauschulz ist IPPNW-Campaignerin für die Abschaffung von Atomwaffen. Patrick Schukalla ist IPPNW-Referent für Atomenergie.

Pacific Conference of Churches. [Manata, Charles], d.2006 :if it is safe; — dump it in Tokyo; test it in Paris; store it in Washington. But, keep my Pacific nuclear-free. IPPNW :Posters. (ca 1976-1996). Ref: Eph-D-NUCLEAR-IPPNW-1981-01. Alexander Turnbull Library, Wellington, New Zealand. /records/22609863

AKW Leibstadt: Schweizer Atomstrom aus einem gefährlichen Uraltmeiler

Die Schweiz und Frankreich untergraben internationale Standards

Der geplante Langzeitbetrieb des grenznahen AKW Leibstadt birgt große nukleare Gefahren – nicht nur für die Schweizer Bevölkerung, sondern besonders für Deutschland. Die Bevölkerung in Baden-Württemberg wäre von einem Kernschmelzunfall im AKW Leibstadt massiv betroffen, in einem deutlich höheren Ausmaß als in der Schweiz.

Diese möglichen nuklearen Gefahren durch schwere Atomunfälle betont auch die Präsidentin des Bundesamts für Strahlenschutz Inge Paulini jüngst in einem Interview: „Strahlung macht an den Grenzen nicht halt. In vielen Nachbarländern bleiben die Atomkraftwerke am Netz, es werden sogar noch neue gebaut... Wir müssen uns auf Unfälle in ausländischen Atomanlagen einstellen, auf Probleme beim Transport von radioaktivem Material und auf terroristische Anschläge.“

Wie wird Atomstrom in der Schweiz beurteilt?

In der Schweiz gibt es vier uralte Atomkraftwerke: AKW Beznau 1 (Baujahr 1969) und Beznau 2 (Baujahr 1971), das AKW Gösgen (Baujahr 1979) und das AKW Leibstadt (Baujahr 1984). Einen anhaltenden schwerwiegenden Verstoß gegen die Richtlinien des Strahlenschutzes entdeckte das Ökoinstitut bereits 2015, als es Materialfehler im hoch versprüdeten Reaktordruckbehälter nachwies. Danach wurde das AKW Beznau 1 für drei Jahre aus Sicherheitsbedenken stillgelegt – 2018 ließ die schweizerische Atomaufsichtsbehörde ENSI es jedoch wieder ans Netz gehen. „Die schweizerische Atomaufsicht ENSI torpedierte den Strahlenschutz“, wie

Stefanie Eger von der Schweizer Energienstiftung urteilte.

Der jetzige Schweizer Umweltbundesrat Albert Rösti ist Mitglied der Schweizerischen Volkspartei. Er verfolgt das Ziel, für alle Schweizer AKWs den Langzeitbetrieb zu ermöglichen. Dabei unterstützt ihn die Schweizerische Atomaufsicht ENSI durch generelle Risikoleugnung hinsichtlich des Betriebs von Atomkraftwerken. Das Ziel der SVP ist ein „Überwintern“ der Schweizer AKWs mittels eines Betriebs der AKWs über 60 Jahre hinaus, bis dann neue AKWs in der Schweiz fertig gestellt sein könnten.

Aktuell befasst sich die IPPNW mit dem grenznahen AKW Leibstadt, wo die Schweizer Behörden gerade den Langzeitbetrieb über 40 Jahre hinaus vorbereiten. Der kommerzielle Betrieb startete im Dezember 1984. International gibt es viele Regelwerke und Rechtsvorschriften, die für einen solchen Fall mindestens eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und eine grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung verlangen. Die sind auch für die Schweiz gültig, die aber will davon nichts wissen. Da es nach Schweizer Recht keine Betriebsbefristung in der Genehmigung gibt, erfolge auch keine Laufzeitverlängerung, so der Schweizer Umwelt-Bundes-

rat. Deshalb haben Bürger*innen aus der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland bereits im Februar ein rechtliches Gesuch auf den Weg gebracht, um eine solche UVP und Beteiligung durchzusetzen. Bislang liegt keine Reaktion der Schweizer Behörden vor. Unterstützt wurde diese Forderung unter anderem von der Schweizerischen Energie Stiftung (SES), vom Tri-nationalen Atomschutzverband (TRAS), von Greenpeace, der IPPNW Schweiz sowie vom BUND RSO.

Die IPPNW-Kampagne gegen den Weiterbetrieb des AKW

Für uns Ärztinnen und Ärzte sind die Risiken eines Betriebs über 40 Jahre hinaus unverantwortbar. Selbst bei umfangreichen Nachrüstungen bleiben die Alt-Reaktoren hinter den Sicherheitsanforderungen zurück, die an neue Anlagen gestellt werden, und in allen Fällen gilt: Sicher ist nur das Risiko. Die im Angesicht der Klimakrise wahrscheinlicher werdenden und an Intensität zunehmenden Naturereignisse wie Starkregen oder Dürreperioden erhöhen das Risiko weiter. Auch gegen Brände oder Explosionen sowie die zunehmende Gefahr von Anschlägen sind die Anlagen unzureichend geschützt.

Deshalb haben wir uns an die Umweltministerin in Baden-Württemberg und an das Bundesumweltministerium gewendet mit der Bitte um ein Gespräch, insbesondere mit dem zuständigen Fachreferenten aus der Atomaufsicht Gerrit Niehaus. Ebenfalls haben wir mit verschiedenen maßgebli-



DAS AKW LEIBSTADT 2021

chen Akteur*innen aus der Partei „Bündnis 90 / Die Grünen“ Kontakt aufgenommen. So konnten wir erreichen, dass das Thema auf der Bundesdelegiertenkonferenz im November 2024 aufgenommen wurde.

nur ein Beispiel in unserer Arbeit für den europaweiten Atomausstieg. Es gibt viele Uraltmeiler, die längst hätten abgeschaltet werden müssen.

neue Risiken wie Terror und Klimafolgen nicht ausgelegt. Daher fordert die IPPNW beim laufenden Prüfverfahren europäische und internationale Standards einzuhalten und rechtsverbindlich eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) sowie eine grenzüberschreitende Beteiligung der Bevölkerung nach Maßgabe der Espoo- und der Aarhus-Konvention durchzuführen.

Frankreich – und auch die Schweiz – sind im Moment dabei, die internationalen Standards zu untergraben und damit demokratische Beteiligungsrechte für die Bürger*innen zu beseitigen. Atommeiler sind maximal für eine Betriebsdauer von 40 Jahren entwickelt und gebaut worden. Weitere Laufzeiten von immer älteren Reaktoren sind ein Spiel mit dem nuklearen Feuer.

Die Unterschriften von über 500 Ärztinnen und Ärzten gegen den Weiterbetrieb des AKWs sind am 5. Dezember 2024 in Bern und Stuttgart an die Politik übergeben worden. **Weitere Infos finden Sie im IPPNW-Forum intern auf Seite 8.**

Grenznahe Atomkraftwerke

Anzahl der aktiven Reaktorblöcke in Grenznahe zu Deutschland (und jew. Jahr der Betriebsaufnahme*)



* kommerzielle Betriebsaufnahme des ältesten noch aktiven Reaktorblocks
Stand: April 2023

Wir arbeiten in der Sache ebenfalls eng zusammen mit dem BUND Baden-Württemberg, der Schweizer IPPNW-Sektion, dem trinationalen Antiatom-Verband TRAS sowie der Schweizer Energienstiftung. Nur mit einer lang angelegten intensiven Bündnisarbeit werden wir unserem Ziel näherkommen. Denn das AKW Leibstadt ist für uns

In Bezug auf die alten französischen AKW haben wir ebenfalls eine Einwendung an die französische Atomaufsicht geschrieben. Wir fordern, den Atomausstieg in Frankreich einzuleiten, statt die Laufzeit der alten 1300-MW-Meiler zu verlängern. Denn alte Atommeiler sind in wesentlichen Komponenten nicht nachrüstbar und für



Dr. Angelika Claußen ist Vorsitzende der deutschen IPPNW.

Wohin mit dem Atommüll?

—Eine neu erschienene Bestandsaufnahme gibt einen spannenden Überblick über Atommüll-Standorte in Deutschland—

Rostende Atommüllfässer, Zwischenlager ohne Genehmigung, unzureichende Endlagersuche: Mit dem neuen Sorgenbericht des Atommüllreports legten Anti-Atom-Organisationen Ende Oktober erstmals einen lückenlosen Überblick über die Atommülllagerung in Deutschland vor. Auf 468 Seiten dokumentiert der Bericht, wo Atommüll produziert wurde und wird, wo er lagert, wohin er transportiert wurde und welche Sicherheitsprobleme bestehen. Die Organisationen fordern von der Bundesregierung, die Gefahren ernst zu nehmen und endlich eine vorausschauende, umfassende und sichere Atommüllpolitik zu betreiben.

Wir wollen wissen, wo Atommüll produziert worden ist oder produziert wird, wo er lagert, wohin er transportiert worden ist und welche Probleme es an den einzelnen Standorten gibt. Das unterscheidet uns von den eigentlich Verantwortlichen in Bund, Ländern und Industrie, die am liebsten so lange wegschauen, bis sich das gar nicht mehr vermeiden lässt.

Auf 464 Seiten werden 216 Anlagen an 71 Standorten in Deutschland beschrieben, davon elf Standorte des Uranbergbaus, 84 Atomanlagen in Betrieb, 56 stillgelegt oder bereits im Rückbau. 54 Atomanlagen wurden bereits aus dem Atomgesetz entlassen, manche davon vollständig zurückgebaut, bei anderen gibt es trotz Rückbau weiterhin Nutzungseinschränkungen bzw. Baustrukturen am Standort. Elf Atomanlagen befinden sich im Bau bzw. sind beantragt.

Aufgabe dieser Bestandsaufnahme ist es, die Flickschusterei beim Umgang mit dem Atommüll aufzuzeigen und damit einen Beitrag für eine konzeptionelle, sorgsame und sichere Lagerung zu leisten. Wer über eine Million Jahre Sicherheit beim Umgang mit dem Atommüll reden will, der muss zunächst nachweisen, dass er die Probleme im Hier und Jetzt ernstnimmt, damit seriös umgehen kann und dies auch tut. Doch dies ist oft nicht der Fall. Eines von vielen Beispielen steht in Leese, 45 Kilometer nordwestlich von Hannover. Dort betreibt die Braunschweiger Firma Eckert und Ziegler im Unterauftrag für das Land Niedersachsen die Landessammelstelle sowie ein eigenes Betriebszwischenlager. Über Jahre hinweg steht der Müll dort zusammengepfercht in alten Bunkeranlagen. Vor wenigen Jahren nun wurden Blähfässer entdeckt. Manche Fässer in der untersten Lage waren vom Gewicht der darüber gestapelten Fässer schon eingedrückt. Die Sanierung zieht sich über Jahre zäh dahin. Der Pachtvertrag für das Atommülllager ist für 2030 gekündigt. 2028 sollen die Fässer raus, um genügend Zeit zu haben, das Gebäude freizumessen. Doch bisher gibt es keinen realistischen Plan, wo der Müll dann hinsoll.

Mit der Gesamtschau übernehmen wir eine Aufgabe, die Staat und Industrie bisher versäumt haben. Der kürzlich vorgelegte Entwurf der Bundesregierung für das Nationale Entsorgungsprogramm benennt keine konkreten Probleme. Kein Wort über rostende Fässer, kein Wort über die erheblichen Probleme bei der



Grafik: atommuellreport.de

Stilllegung des Endlagers Morsleben und der Räumung des Endlagers ASSE II. Kein einziges Wort über die Freigabe radioaktiver Abfälle in den ganz normalen Wirtschaftskreislauf. Wir können an die Bundesregierung nur die Forderung stellen, davor die Augen nicht zu verschließen, die Gefahren endlich ernst zu nehmen und eine vorausschauende, umfassende und sichere Atommüllpolitik zu betreiben.

Die vorliegende Bestandsaufnahme soll als Nachschlagewerk dienen, eignet sich aber auch einfach zum Schmöckern. Nach der Veröffentlichung der ersten Auflage schrieb ein Leser: „Kaum zu glauben, aber das liest sich ja teilweise wie ein Krimi.“

Atommüll – Eine Bestandsaufnahme für die Bundesrepublik Deutschland, Buch 468 Seiten, Hardcover mit Standorte-Plakat A1 – 30,- Euro zzgl. 5,50 Euro Versand, zu bestellen unter info@atommuellreport.de



Ursula Schönberger ist Politikwissenschaftlerin und Projektleiterin des Atommüllreports.



Ein Plädoyer für Humanität und Recht auf Asyl

Für die Verteidigung der Migrationsgesellschaft

Als Ärzt*innen in sozialer Verantwortung blicken wir mit großer Sorge und Empörung auf den Überbietungswettbewerb in immer radikaleren, teil rechtswidrigen Vorschlägen zur Abwehr, Abschiebung und Entrechtung von schutzsuchenden Menschen. Nach den Wahlsiegen der AfD in Brandenburg, Thüringen und Sachsen und dem schrecklichen Attentat in Solingen bleibt offensive Verteidigung der Migrationsgesellschaft seitens der demokratischen Parteien aus. Die erste Abschiebung nach Afghanistan seit der Machtübernahme der Taliban in 2021 ist Ausdruck einer gefährlicheren Normalisierung des sich verschärfenden Rechtsrucks.

Populistische Versprechen wie die Ankündigung von Bundeskanzler Olaf Scholz, Menschen endlich im großen Stil abzuschicken, haben schon länger Konjunktur. Sie wecken dabei falsche Erwartungen. Denn in einem liberalen Rechtsstaat sind Massenausweisungen zum Glück schlicht nicht umsetzbar. Nach Solingen Abschiebungen, Obergrenze, Zurückweisungen an Grenzen oder Leistungskürzungen als wirksame Maßnahme gegen Islamismus und Gewaltprävention darzustellen, ist so absurd wie kalkuliert. Denn wenn die Migration für alle Probleme erhalten muss, dann muss man sich mit den wirklichen Problemursachen und Lösungsansätzen nicht so sehr beschäftigen. Was diese Politik und öffentlichen Debatten stattdessen befeuern, sind rassistische Feindbilder und Spaltungen der Gesellschaft.

Was können wir dabei tun? Das Asylrecht, aus der Erinnerung an die Folgen von Vertreibung und Flucht während des Nationalsozialismus als ein grundlegendes Menschenrecht in unser Grundgesetz aufgenommen und völkerrechtlich und europarechtlich verankert, wird zunehmend ausgehöhlt. Die Angst vor den Populisten dieser Republik lässt Politiker*innen auf breiter Ebene einknicken und die Grundkonzeption einer „Humanitas“ in den Hintergrund treten. Was uns bleibt, ist das Festhalten, das Hinweisen und das Eintreten für Geflüchtete und Migrant*innen.

Die Gewährung von Asyl und die Unterstützung von Menschen, die wegen Krieg, Gewalt, Verfolgung oder existentieller Not ihre Familien und ihre Heimat verlassen müssen, um sich auf lebensgefährlichen Pfaden nach Europa zu begeben, darf nicht auf den populistischen Schauplätzen der mehrheitsinteressierten Politiker*innen unserer Tage geopfert werden. Gerade im Angesicht der derzeitigen gesellschaftlichen Debatten, in denen „Rückführung“, Abschiebehaftanstalten, eine Beschneidung der Rechte von Schutzsuchenden gewissermaßen zum guten Ton gehören, müssen wir als ärztliche Organisation auf die Rechte Geflüchteter und humanitären Standpunkten beharren und sei es nur, um eine Gegenposition im derzeit vorherrschenden gesellschaftlichen Diskurs aufrecht zu erhalten. Damit setzen wir uns nicht

nur für die Rechte schutzsuchender Menschen ein, sondern für die Wahrung von Rechtsstaatlichkeit, Sozialstaatsgebot und Menschenwürde allgemein, und damit für uns alle. Lassen wir uns nicht spalten in „Wir und die Anderen“. Seien wir realistisch, verteidigen wir die Migrationsgesellschaft – mit allen ihren Herausforderungen und Bereicherungen!

Fluchtursachen bekämpfen statt Geflüchtete

Meist sind es Krieg und Gewalt, die Menschen dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Im Jahr 2024 stammen die meisten Geflüchteten aus Syrien, Afghanistan und der Türkei. In Syrien sind nach dem Bürgerkrieg und der anhaltenden politischen instabilen Situation derzeit fast drei Viertel der syrischen Bevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen. Aufgrund des Krieges ist ein Großteil der Infrastruktur zerstört, die Grundversorgung ist oft nicht gewährleistet und die Wirtschaft befindet sich in einer schweren Krise. Über 90 Prozent der syrischen Bevölkerung leben in Armut. Die desolote Lage ist neben den Folgen des Krieges seit 2011 aber auch eine Folge der Sanktionen der EU und der USA. Auch die humanitäre Situation in Afghanistan ist prekär. Zwei Drittel der afghanischen Bevölkerung sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Auch hier führen die übermäßige Einhaltung und Missverständnisse über den Umfang internationaler Sanktionen zu schwerwiegenden Hindernissen für den Import von Hilfsgütern. Im Windschatten des Ukrainekrieges führt der türkische Präsident Erdogan völkerrechtswidrige Militäreinsätze in den kurdischen Gebieten in Syrien und im Irak durch. In Deutschland lag im vergangenen Jahr die Zahl von Schutzsuchenden aus der Türkei auf Platz zwei. Davon war der überwiegende Teil kurdisch. Ursächlich dafür sind nicht nur Wirtschaftskrise und Erdbebenfolgen, sondern auch politische Verfolgung und willkürliche Verhaftungen.

Die IPPNW fordert, die Fluchtursachen zu bekämpfen und nicht geflüchtete Menschen. Es braucht Strategien zur Krisen- und Konfliktprävention, eine gerechte Finanz-, Wirtschafts- und Umweltpolitik sowie ein Verbot des Waffenexports in Krisen- und Kriegsgebiete. Wer Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe kürzt, schafft die Krisen von morgen. Stattdessen brauchen wir eine verstärkte globale Zusammenarbeit, um eine gerechtere, friedlichere und nachhaltigere Welt für alle zu schaffen.

Anne Jurema ist
IPPNW-Referentin für
Soziale Verantwortung.
Robin Maitra
ist Mitglied des
IPPNW-Vorstandes.



„Wir müssen die Gesellschaft besser erreichen“

Mustafa Altıntop über autoritäre Tendenzen und Traumata in der kurdischen und deutschen Gesellschaft

Mustafa, Du lebst und arbeitest seit 2023 in Deutschland. Wie sieht Dein Alltag als Sozialarbeiter hier aus?

Ich bin Anfang 2023 nach Berlin gezogen und habe angefangen, in einer Organisation zu arbeiten, die professionelle psychosoziale Unterstützung und Beratung für ihre Klient*innen anbietet. Ich arbeite als Sozialarbeiter – hauptsächlich mit Menschen, die einen kurdischen oder türkischen Hintergrund haben. Auf der anderen Seite schreibe ich meine Doktorarbeit. Mein Dissertationsthema ist die Motivation von Aktivistinnen, die in kurdischen Frauenorganisationen aktiv sind sowie die sekundären Traumata und die staatliche Unterdrückung, denen sie ausgesetzt sind.

Du hast sowohl in der Türkei als auch in Deutschland mit Menschen gearbeitet, die oft schwere Gewalt erfahren haben und traumatisiert sind. Was können wir von der Arbeit der Menschenrechtsstiftung (TIHV) in der Türkei für die psychosoziale Arbeit mit Geflüchteten und Folterüberlebenden in Deutschland lernen?

Bevor ich nach Deutschland kam, habe ich fünf Jahre lang als Sozialarbeiter bei der Türkischen Menschenrechtsstiftung Diyarbakır gearbeitet. Die Menschenrechtsstiftung ist eine Nichtregierungsorganisation, die Behandlungs- und Rehabilitationsmöglichkeiten für Menschen anbietet, die vom Staat gefoltert wurden, und die Rechtsverletzungen dokumentiert. Die Stiftung sieht sich oft staatlichem Druck ausgesetzt, weil sie sich darauf konzentriert, die psychischen Folgen staatlicher Folter zu heilen. Sie wird dafür immer wieder von Staatsbeamten krimi-

nalisiert und sogar terrorisiert, gegen ihre Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter*innen wird ständig polizeilich ermittelt und mit rechtlichen Maßnahmen gedroht. Wenn sich Menschen für eine Behandlung und psychosoziale Unterstützung an TIHV wenden, steigt oft der staatliche Druck, was das Trauma der Menschen verstärken kann. Im Gegensatz zu ähnlichen Organisationen in Deutschland hat TIHV also mit anhaltenden Traumatisierungen zu kämpfen, während Einrichtungen in Deutschland mit vergangenen Traumata ihrer Klient*innen zu tun haben. Während TIHV also versucht, Traumata zu heilen, können wiederholte staatliche Unterdrückung und Folter den Heilungsprozess negativ beeinflussen. Daher fühlen sich die Mitglieder der Stiftung sehr stark verpflichtet, sich auch auf der politischen Ebene gegen die repressive Politik einzusetzen. Vor allem in den letzten acht Jahren waren aufgrund der zunehmenden staatlichen Unterdrückung viele Menschen aus der Türkei, insbesondere aus kurdischen Städten, gezwungen, das Land zu verlassen und Asyl zu suchen. Unter den Klient*innen von TIHV sind viele Menschen, die das Land verlassen mussten. Sie gehen meist nach Nordeuropa.

Auf der anderen Seite ist die Zahl der Menschen, die bleiben und sich dem repressiven Regime widersetzen, ebenfalls hoch. Seit 2016 wurden Zehntausende von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die Mitglieder linker Gewerkschaften sind, ohne jede Begründung entlassen. In den letzten drei Legislaturperioden wurden die Gemeinden, die von der DEM-Partei (früher HDP) bei den Kommunalwahlen gewonnen wurden, besetzt und durch von

Ankara ernannte Personen ersetzt. Viele NGOs, die sich für die Menschenrechte einsetzen, wurden vom Staat geschlossen. All diese Entwicklungen verschlechtern die Atmosphäre im Land. Die Arbeitsbedingungen von TIHV werden von Tag zu Tag schwieriger. Das Wichtigste, was wir in dieser Hinsicht von den Mitgliedern von TIHV lernen können, ist ihre Motivation, ihre Arbeit unter so viel Druck entschlossen fortzusetzen.

Du hast die kurdische Delegationsreise in deutsche Städte im September 2024 mit organisiert – wie war die öffentliche Resonanz auf diesen Besuch?

Die IPPNW organisiert seit fast 30 Jahren Reisen in die kurdischen Gebiete der Türkei – das ist eine respektable Leistung. Im Herbst 2020 haben wir erstmals auch eine kurdische Gegendelegation gebildet. Diese Delegation aus Ärzt*innen, Jurist*innen, Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen und Menschenrechtsaktivist*innen besucht seit vier Jahren jeden Herbst Einrichtungen in verschiedenen Städten in Deutschland, um sich mit ihnen auszutauschen. In diesem Jahr besuchte die kurdische Delegation Frankfurt und Berlin. Ich versuche, die Arbeit zu unterstützen, so gut ich kann.

Das diesjährige Programm verlief besonders gut. Bei den Besuchen von Organisationen kam es zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit, und das Interesse an den von der Gruppe organisierten öffentlichen Podiumsdiskussionen und dem Fachtag war groß. Sowohl unsere Freund*innen in Deutschland als auch in der Türkei sind sehr zufrieden mit der Zusammenarbeit. Wenn diese Reisen und Kontakte in den



49 NGOS PROTESTIEREN GEGEN DIE ABSETZUNG GEWÄHLTER BÜRGERMEISTER*INNEN DURCH DIE TÜRKISCHE REGIERUNG, BATMAN – 10.11.2024

IHD Batman / X.com

nächsten Jahren fortgesetzt werden können, wird sich die Wirkung des Programms noch vergrößern.

Die deutsche und die türkische Regierung haben sich darauf geeinigt, in Zukunft bis zu 500 Personen pro Woche aus Deutschland in die Türkei abzuschieben. Diese „Rückführungen“ werden wahrscheinlich vor allem kurdische Geflüchtete betreffen, deren Asylanträge häufig abgelehnt werden. Wie siehst du diesen politischen Deal?

Ja, das ist eine sehr traurige Situation. Zunächst einmal möchte ich Folgendes sagen: Im heutigen Deutschland haben die Menschen mit Migrationshintergrund viel geleistet. Sie bereichern die deutsche Gesellschaft und sind ein wichtiger Teil von ihr. Die Hauptmotivation von Menschen, hierher zu kommen, ist, dass Deutschland die Menschenrechte und die Demokratie relativ gut achtet. Ein solches Abschiebe-Abkommen widerspricht jedoch dem Respekt, den Deutschland für universelle Werte haben sollte. Ich denke, dass Menschenleben nicht als Verhandlungsmasse für politische Erfolge benutzt werden dürfen.

Schweden hatte als Gegenleistung für seinen NATO-Beitritt ein „schmutziges Abkommen“ mit der Türkei geschlossen: Nachdem die Türkei ihr OK für die Aufnahme Schwedens in die NATO gegeben hatte, wurden viele kurdische Flüchtlinge von Schweden in die Türkei zurückgeschickt. Es scheint, dass auch Deutschland beschlossen hat, mit einem Abkommen Menschenleben für politische Zwecke zu nutzen. Diese Situation wird nicht nur das Leben der kurdischen Flüchtlinge ge-

fährden. Bei den in Deutschland lebenden Kurd*innen, aber auch bei anderen Ausländer*innen wird sich der Eindruck verstärken, dass Deutschland sie für politische Zwecke ausnutzen kann. Dies wird auch das Gefühl der Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft untergraben. Diese Befürchtung deckt sich mit meinen Beobachtungen: Ich habe den Eindruck, dass selbst bei Menschen, die seit mehreren Generationen hier leben, das Zugehörigkeitsgefühl sehr gering ist.

Autoritäre Tendenzen und staatliche Repressionen nehmen sowohl in der Türkei als auch in Deutschland zu. Wie nimmst Du die Situation wahr?

Leider nehmen autoritäre Tendenzen, die nicht in das 21. Jahrhundert passen, nicht nur in Deutschland und der Türkei, sondern auch in der übrigen Welt zu. Über die Türkei möchte ich hier nichts sagen, weil die Seiten eures Magazins leider nicht ausreichen, um darüber zu schreiben. Aber über Deutschland kann ich folgendes sagen: Obwohl ich erst Anfang dieses Jahres nach Deutschland gezogen bin, reichen meine Eindrücke tiefer, weil ich seit 2010 immer wieder hin und her gefahren bin und mit Menschenrechtsorganisationen in Deutschland in Kontakt war und die politische Atmosphäre verfolgt habe. Mit der Gründung von Pegida im Jahr 2014 und dem Aufstieg der AFD haben leider die autoritären Tendenzen in allen etablierten politischen Parteien zugenommen. Vor allem in der Pandemie- und Inflationszeit hat sich das noch verstärkt. Der Staat sah kein Problem darin, Waffen an autoritäre Staaten zu verkaufen, zu autoritären Regimes zu schweigen und Beziehungen

zu ihnen aufzubauen. Ich spüre jedoch eine zunehmende Polarisierung in der Gesellschaft. Ich habe das Gefühl, dass insbesondere einige Themen in dieser Gesellschaft als Tabu gelten. Ehrlich gesagt glaube ich, dass diese Polarisierung sogar noch zunehmen wird. Themen wie der Angriff der Hamas auf Israel, Israels Bombardierung des Gazastreifens und anderer palästinensischer Städte sowie der Einmarsch Russlands in der Ukraine haben die Spaltung der deutschen Gesellschaft offenbar verstärkt.

Die Versuche, Gruppen, die sich zu diesen Themen äußern wollen, zum Schweigen zu bringen, und das harte Durchgreifen gegen Proteste an Universitäten und auf der Straße zeigen, dass diese autoritäre Tendenz zunimmt. Die Inflation im Land, der Rückgang der wirtschaftlichen Kaufkraft, die Bürokratie, die das Leben immer schwieriger macht, und das wachsende Wohnungsproblem sorgen nicht nur für Unruhe in der Gesellschaft, sondern verstärken auch die Tendenz zur Diskriminierung von Ausländer*innen. Ehrlich gesagt bin ich der Meinung, dass NGOs, Berufsverbände, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen sichtbar sein, die Gesellschaft besser erreichen und der Politik lauter widersprechen müssen, um diese Probleme zu lösen. Wir brauchen mehr zivilgesellschaftliche Organisationen, die nicht auf Profit oder politische Interessen ausgerichtet sind.

Einen Bericht über den Besuch der kurdischen Delegation in Deutschland finden Sie im Forum intern auf S. 6-7.

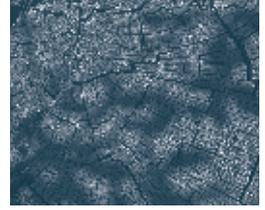
Das Interview führte Anne Jurema.



BEAMT*INNEN SCHLEIFEN EINE DEMONSTRANTIN WEG – AUFLÖSUNG DES PROTESTCAMPS AM BUNDESTAG



VOR DER POLIZEIWACHE AM KOTTBUSSE TOR: AKTIVIST*INNEN PROTESTIEREN GEGEN POLIZEIGEWALT



Weitere Fotos und Projekte von
Fabrizio Bilello finden Sie unter:
<https://fabrizioBILELLO.com>

Einschüchterung versus Solidarität

—Pro-Palästina-Proteste sind Ziel massiver staatlicher Repressionen—

Seit über einem Jahr organisieren pro-palästinensische Gruppen in Berlin Demos, Sit-ins und Flash-Mobs, um einen sofortigen Waffenstillstand, den Stopp deutscher Waffenlieferungen und ein Ende der israelischen Besatzungspolitik zu fordern. Die Zahl der Verhaftungen, Strafanzeigen und Demo-Verbote ist hoch. Die „palästinensolidarische Bewegung dient im Moment als Experimentierfeld für zahlreiche Grundrechtseinschränkungen und Verbote,“ kritisiert etwa der Bundesvorstand der Roten Hilfe.

Fabrizio Bilello, geboren in Marsala (Italien), ist ein in Berlin lebender Fotograf und bildender Künstler. Er hat Contemporary Media Practice an der Universität Westminster und Fotografie an der Kunsthochschule Gent studiert. „Archive of Pressure“ ist eine fortlaufende Dokumentation über das politische Szenario rund um die pro-palästinensische Bewegung in Berlin und zeigt die zunehmende Gewaltanwendung durch die Berliner Polizei gegen Protestierende sowie die gefährliche Kriminalisierung von arabischstämmigen Menschen sowie People of Colour, die ihr demokratisches Recht auf Protest wahrnehmen.



Foto: © Fabrizio Bilello



Foto: © Fabrizio Bilello

Politische Willensbildung zwischen Freiheit und Sanktionen

— Eine politisch agierende Zivilgesellschaft muss sich auch weiterhin auf Sanktionen gefasst machen —

Unsere Verfassung hat den normativen Anspruch, die Menschenrechte zu verwirklichen und zu sichern und nicht als allmächtiger, alles besetzender „Leviathan“ zu wirken. Zudem versteht sich das Grundgesetz als Grundlage einer „wehrhaften und streitbaren Demokratie“ und erachtet es als legitim, dass bestimmte Grundsätze als unabänderlich festgelegt und der Entscheidung einer Mehrheit entzogen sind. Keine Mehrheit soll eine legalisierte Diktatur auf der Grundlage des Grundgesetzes errichten können.

Ein weiteres leitendes Prinzip der Staats-sicht des Grundgesetzes ist das Subsidiaritätsprinzip, demzufolge der Staat nur Aufgaben übernehmen soll, die untergeordnete Einrichtungen oder Personen nicht erfüllen können. Um Tätigkeiten, deren Ziel die selbstlose Förderung der Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet ist, gewährt der Staat diesen Tätigkeiten z.B. mit der Einrichtung der Gemeinnützigkeit einen exklusiven Vorteil. Für jegliches zivilgesellschaftliche Engagement ist die steuerliche Befreiung ein enormer materieller Vorteil.

Das Spannungsfeld

Es gehört zur Gewährung der Meinungsfreiheit, sich an der politischen Willensbildung zu beteiligen und selbst unsere Grundordnung abzulehnen. Aber es ist sanktioniert, sie systematisch und geplant zu überwinden. Während es in der Hand des Bundesverfassungsgerichts liegt, der-

art auftretende Parteien als „verfassungswidrig“ zu verbieten, liegen Verbote von ähnlich agierenden Vereinen oder Verbänden in der Entscheidungsbefugnis der jeweiligen Innenministerien. Diese Verbote sind nicht immer leicht durchzusetzen, noch sind sie positiv konnotiert.

Aus dem Subsidiaritätsprinzip heraus sind über die Jahre unter dem Begriff „Zivilgesellschaft“ thematisch vielfältig aufgestellte Interessenvertretungen in der Form von Verbänden, Initiativen und Vereinen entstanden. Sie wirken oft neben den Parteien an der politischen Willensbildung mit. In der Regel versuchen sie, im eng formulierten Korsett gemeinnütziger Ziele den Status der Gemeinnützigkeit zu erhalten.

Seit annähernd zwei Jahrzehnten ist parallel zur Ausweitung zivilgesellschaftlicher Mitwirkungen ihre vermehrte Delegitimierung durch staatliche Sanktionen zu erkennen. Dieses Beschneiden besonders politischer Willensbildung geschieht weit unter der Ebene der Verbote und wird unter dem Begriff „Shrinking Civic Space“ (SCS) geführt. Aus dem Spannungsverhältnis zwischen politischen Willensbildungsansprüchen und dem begrenzten Katalog förderungswürdiger Ziele hat sich in der letzten Dekade ein wirkungsvolles staatliches Eingreifen gegen politische Positionierungen und Tätigkeiten entwickelt. Die Finanzbehörden fechten steuerliche Begünstigung an, weil dies mit dem politischen Engagement der Organisation nicht vereinbar oder sogar verfassungswidrig

sei. Konkret wirkt das auch in der deutschen Friedensbewegung, wo Eingriffe der Finanzbehörden zu einer Verunsicherung geführt haben, ob und wie Vereinigungen sich politisch äußern oder handeln dürfen, ohne ihren Status als gemeinnützige Organisation zu gefährden.

Als problematisch für die betroffenen Organisationen hat sich dabei erwiesen, dass die Finanzämter sich für die Aufhebung der Gemeinnützigkeit oftmals auf die Aussagen der Landes- oder Bundesbehörde für Verfassungsschutz stützen. Die „Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ – an der die IPPNW von Anfang an beteiligt ist –, weist auf eine Umkehrung des Rechtsstaatsprinzips in der Abgabenordnung hin. Hier sei die Beweislast umgedreht, denn anders als bei einem Vereinsverbot muss nicht die Exekutive beweisen, dass ein Verein verfassungswidrig handelt, sondern die Organisation muss ihre Verfassungstreue beweisen. Das erweist sich als praktisch unmöglich, so die Allianz, denn der betroffene Verein wisse nicht, welche Beweise er widerlegen muss, da der Verfassungsschutz nur seinen Schluss veröffentlicht, nicht aber die Beweisführung.

Konkrete Beispiele

Das bekannteste Beispiel ist sicherlich der bereits vor zehn Jahren gerichtlich entschiedene Entzug der Gemeinnützigkeit für die auch friedenspolitisch agierende Organisation ATTAC. Damals begründete das Finanzamt Frankfurt am Main den



Schritt mit „den allgemeinpolitischen Zielen“ der Globalisierungskritiker*innen. Gemeinnützigkeit beziehe sich auf eingegrenzte Ziele wie z.B. den Umweltschutz, nicht auf ein breites gesellschaftspolitisches Engagement zu unterschiedlichen Themen, wie es die Organisation betreibt. Die öffentliche Meinung „im Sinne eigener Auffassungen“ zu beeinflussen, sei durch den gemeinnützigen Zweck der politischen Bildung nicht abgedeckt. Diese setze „ein Handeln in geistiger Offenheit voraus“ und schließe nur die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen ein.

Auch die in der Friedensbewegung agierende Organisation „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) entzog das Berliner Finanzamt für Körperschaften 2019 den Status der Gemeinnützigkeit und forderte erhebliche Steuernachzahlungen, die den Verein ruiniert hätten. Zur Begründung wurde angeführt, dass die Organisation als „bundesweit größte linksextremistisch beeinflusste Organisation im Bereich des Antifaschismus“ im bayerischen Verfassungsschutzbericht des Jahres 2018 geführt werde. Nach Jahren der Unsicherheit wurde 2021 der Organisation die Gemeinnützigkeit für alle Jahre auf Gerichtsentscheid wieder zugesprochen.

Die Berichte der Allianz über ihre Lobbyarbeit für eine Modernisierung der Abgabenordnung bei den meisten im Bundestag vertretenden Parteien, festigen den Eindruck, dass die Parteien durch die Bank

wenig bis gar kein Interesse daran haben, die Verordnung im Sinne einer belastbaren Absicherung des Mitwirkens an der politischen Willensbildung zu reformieren. Vielmehr scheinen sie die Abgabenverordnung als Kontroll- und Sanktionssystem erhalten, wenn nicht sogar ausweiten zu wollen.

Die Kontrolle hat System

Politische Regulierung und Kontrolle ist dabei nicht neu. Die Friedens- und Konfliktforschung konnte in den 1970er Jahren ihre staatliche Finanzierung noch selbst verwalten. Nachdem die Länder dieses System verließen, waren die den Universitäten angeschlossenen Forschungsinstitute gezwungen, sich selber zu finanzieren. Nun sammelt eine Deutsche Stiftung Friedensforschung Gelder vom Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, dem Verteidigungsministerium und dem Ministerium für Bildung und Forschung ein. Bei der Stiftung stellen Friedensforscher*innen ihre Anträge auf Projektförderung. Im zwölfköpfigen Stiftungsrat sitzen fünf Wissenschaftler*innen, vier Vertreter*innen der Bundesregierung und drei Mitglieder des Bundestags. Das sichert die Dominanz der Politik über die Forschung.

Es bleibt dabei ...

Natürlich müssen gemeinnützige Organisationen sich im Rahmen der Rechtsordnung und der Menschenrechte bewegen. Feinde der Demokratie und der Men-

schenrechte sollen weder gemeinnützig sein noch anders gefördert werden. Dennoch ist der jüngste interfraktionelle Beschluss des Bundestages gegen „Judenhass“ angesichts realer Erfahrungen auch als ein weiterer Schritt der Beschneidung politischer Diskursräume auf der Grundlage einer fraglichen Antisemitismus-Begrifflichkeit zu werten. Leider wird die Bekräftigung haushaltsrechtlicher Regelung für die Mittelvergabe für Zuwendungsempfänger des Bundes die zukünftige Mittelvergabe der Länder ebenso prägen. Eine politisch agierende Zivilgesellschaft wird sich auch weiterhin gegen Sanktionierungen ihrer Beiträge zur politischen Willensbildung wappnen müssen.



Dr. Jens-Peter Steffen ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter der IPPNW im Bereich Frieden.

Aktivismus und schwindende Räume

—Wie wirkt sich die Verengung der Diskursräume in der politischen Arbeit aus? Ein Interview mit zwei Aktivist*innen—

Was sind derzeit die größten Herausforderungen in Euren aktivistischen Kämpfen und Räumen?

Archive of Silence: Eine der größten Herausforderungen ist der Mangel an Zeit und Energie, die nötig sind, um all die Probleme anzugehen und die vielen Dinge zu tun, die getan werden müssen. Eine weitere Herausforderung ist der Mangel an Transparenz und Sicherheit auf Social-Media-Plattformen wie Instagram, auf die wir uns bisher verlassen haben, um unsere Arbeit am „Archive of Silence“ mit einem größeren Publikum zu teilen.

CENİ: Die größte Herausforderung bleibt die Kriminalisierung und Verfolgung der kurdischen Gemeinschaft und damit auch der kurdischen Frauenbewegung. Das erklärt, warum sowohl die öffentliche Meinung und die Leitmedien auf der einen Seite als auch manchmal die kurdischen Menschen selbst auf der anderen Seite davon absehen, den Befreiungskampf des kurdischen Volkes zu unterstützen. In der deutschen Gesellschaft werden kurdische Aktivist*innen sofort als „Terroristen“ abgestempelt. Und warum? Weil unser Kampf auf der Ideologie der Frauenbefreiung und der Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen – Mütter, Jugendliche, Arbeiter*innen, Anwalt*innen – basiert.

Wie erlebt Ihr den Aufstieg autoritärer Regierungsformen und/oder die Normalisierung des Rechtsrucks in Politik und Gesellschaft in Eurem Aktivismus? Und wie wirkt sich das auf Eure Arbeit aus?

Archive of Silence: Immer mehr Menschen fühlen sich nicht in der Lage, Fälle von Silencing oder Deplatforming (Ausschluss von Social-Media-Plattformen) öffentlich zu machen, weil sie befürchten, dass dies ihre Möglichkeiten, eingestellt zu werden oder Fördermittel zu erhalten, dauerhaft beeinträchtigen könnte. Mit dem Erstarken

Zu den Aktivist*innen:

Das „Archive of Silence“ ist ein Crowdsourcing-Archiv, das zum Schweigen gebrachte Stimmen dokumentiert und veröffentlicht. Das Archiv hat bis jetzt rund 200 Fälle von Cancellings und Zensur im Zusammenhang mit Palästina-Solidarität in Deutschland gesammelt: linktr.ee/archiveofsilence

Das Kurdische Frauenbüro für Frieden CENİ e.V. setzt sich nicht nur gegen Kriege und Unterdrückung ein, sondern arbeitet auch für eine Gesellschaft, die auf sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit basiert: ceni-frauen.org

autoritärer Regierungsformen wächst diese Angst, und oft stehen Lebensunterhalt und Visum auf dem Spiel. Ein Beispiel dafür ist der „Bundestagsbeschluss zum Schutz jüdischen Lebens“, der zahllose Künstler*innen, Akademiker*innen und Studierende kriminalisieren und die Freiheit der Rede und des künstlerischen Ausdrucks einschränken könnte. Wie der bayerische Verfassungsrichter und ehemalige Grünen-Abgeordnete Jerzy Montag in einem Brief an die grüne Parteiführung kritisierte, bedeuten solche Maßnahmen eine „präventive staatliche Zensur durch Beamte“, von denen viele kein ausreichendes Verständnis für Antisemitismus haben, was die Gefahr mit sich bringt, dass er in der Gesellschaft noch weiter normalisiert wird.

CENİ: Der Aufstieg autoritärer Regierungsformen in Deutschland zeigt, wie sehr das Patriarchat sowohl mit Rassismus als auch mit Faschismus zusammenhängt. Die engen Beziehungen, die die Bundesregierung zur Türkei unterhält, sind Ausdruck einer historischen Kontinuität. Erst kürzlich einigten sich Berlin und Ankara darauf, wöchentlich bis zu 500 Personen in die Türkei abzuschicken. Kurz darauf

verkündete Bundeskanzler Scholz, dass mehr Waffen in die Türkei exportiert werden sollen: 103 Millionen Euro wurden genehmigt. Währenddessen hetzen alle sogenannten Volksparteien und das neugegründete BSW gegen Geflüchtete. Ein anderes Beispiel ist die Polizeirazzia im kurdischen Gemeindezentrum Nav-Berlin im Oktober 2024, auf die 24 Stunden später ein in letzter Minute vereitelter Brandanschlag folgte, bei dem vieles darauf hindeutet, dass er von türkischen Faschisten verübt wurde. Für uns unterstreicht dieser Vorfall, dass der deutsche Staat anscheinend mit dem türkischen Staat und seinen faschistischen Gruppierungen zusammenarbeitet, um kurdische Aktivist*innen auch in Deutschland einzuschüchtern und zu verfolgen. Eine weitere sehr besorgniserregende Entwicklung, die Hand in Hand mit dem Rechtsruck in Politik und Gesellschaft geht, ist der Angriff auf Frauen. Als kurdische Frauenbewegung, in deren Zentrum die Frauenbefreiung steht, erleben wir derzeit eine Zunahme der Gewalt gegen Frauen in Deutschland.

Wie seid Ihr von der Verengung von Räumen des Dialogs und Mechanismen der Unterdrückung von Meinungen betroffen? Wie wirkt Ihr dem entgegen?

Archive of Silence: Unsere Antwort auf das Silencing besteht darin, die Stille laut(er) zu machen und das sichtbar zu machen, was die, die die Macht haben, auszulöschen versuchen. Es ist auch wichtig, sich daran zu erinnern, dass Deutschland nicht die ganze Welt ist – mit ähnlichen Initiativen und Kollektiven über die Grenzen hinweg in Verbindung zu bleiben, kann ermutigend und bereichernd sein. Etwas, das wir in diesem Sommer ebenfalls gelernt haben: Wenn kommerzielle Räume für den Dialog geschlossen werden, entstehen informellere, gemeinschaftlichere und interessantere Räume, wie wir bei vielen ehrenamtlich organisierten Spendenaktio-

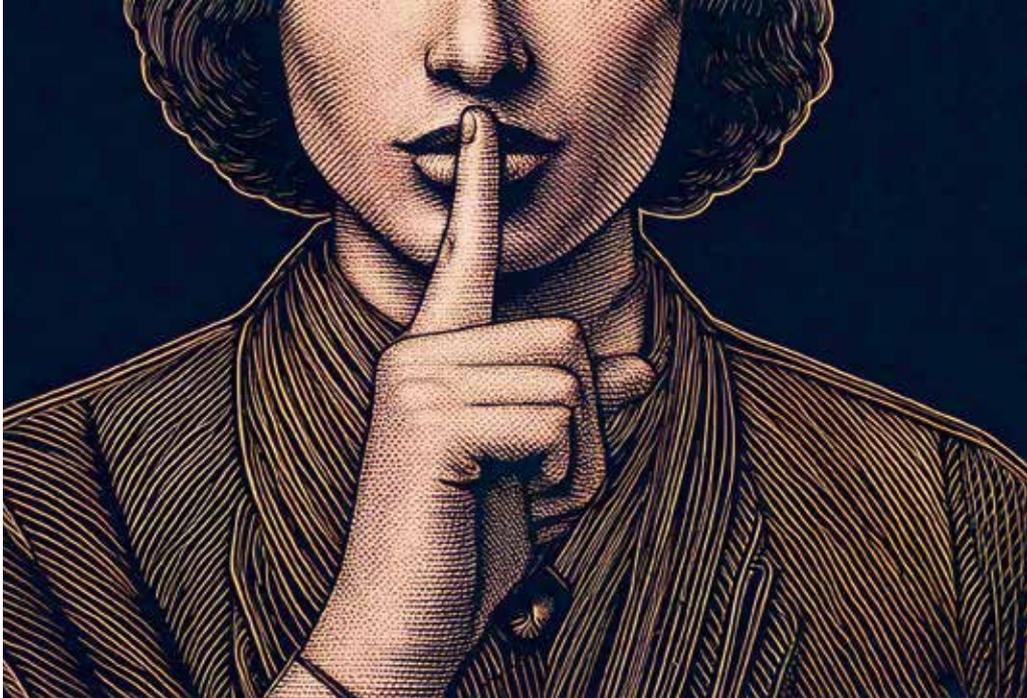
nen und Podiumsdiskussionen in Berlin in diesem Sommer gesehen haben.

CENÎ: Je mehr Mechanismen zum Schweigen gebracht werden, desto mehr wird die Notwendigkeit deutlich, uns zu organisieren und unsere Farben auf die Straße zu tragen. Leider bestimmen die öffentliche Meinung und die Massenmedien immer, welcher Kampf Aufmerksamkeit erhält, und das ist selten der kurdische Befreiungskampf. Daher besteht ein Teil unseres Aktivismus darin, die Öffentlichkeit sowohl über die aktuelle politische Situation in Kurdistan als auch über die ideologischen Grundlagen unserer Bewegung zu informieren. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist das Schweigen über die fast 26-jährige Isolationshaft des kurdischen Anführers Öcalan, der von Millionen von Menschen als Vertreter der Kurd*innen angesehen wird und dessen Beteiligung und Befreiung für den Friedensprozess im sogenannten Nahen Osten wesentlich wäre. Die Demonstrationen und Proteste für seine Befreiung sind ein wichtiger Teil unserer Arbeit.

Welche Bedeutung hat der Aktivismus für die Demokratie? Und wo versagt die Politik in dieser Hinsicht? Was brauchen Aktivist*innen, um sich ohne Angst und Gefahr für die Stärkung von Demokratie, Menschenrechten und Frieden einsetzen zu können?

Archive of Silence: Zunächst einmal stelle ich mir die Frage, wie es um die Demokratie in Deutschland steht, wenn die Mehrheit der Menschen in diesem Land Israels Vorgehen in Gaza und deutsche Waffenverkäufe an Israel ablehnt, die Regierung aber keinen Millimeter von ihrer bedingungslosen Unterstützung und ihren Millionengeschäften abrückt. Diese Diskrepanz unterstreicht die Notwendigkeit von Aktivismus – die Stimmen der Öffentlichkeit zu verstärken und Druck aufzubauen, oder zumindest unsere Integrität zu wahren, indem wir uns weigern, stumme Zeugen von Gewalt und Ungerechtigkeit zu sein.

CENÎ: Als kurdische Frauenbewegung lassen wir uns von dem Konzept des demo-



kratischen Konföderalismus inspirieren, wie er in Rojava/Nordsyrien praktiziert wird. In seinem Zentrum stehen drei Säulen: Ökologie, Frauenbefreiung und radikale (also basisdemokratische) Demokratie. Eine Demokratie, in der die Menschen in sogenannten Kommunen selbst Entscheidungen treffen, die ihren alltäglichen Bedürfnissen entsprechen und in der sich auch die Frauen autonom organisieren. Wir sind jedoch mit zwei Dilemmata konfrontiert: Rojava und das revolutionäre Projekt des demokratischen Konföderalismus ist durch einen täglichen Krieg bedroht, der von der Türkei und anderen Parteien geführt wird. Und wir als kurdische Frauen in Deutschland wiederum leben in einem System, das sich zwar demokratisch nennt, aber aus unserer Sicht nichts anderes ist als der administrative Arm von imperialen und kapitalistischen Interessen. Wie gehen wir also als kurdische Frauenbewegung in Deutschland damit um? Wir glauben, dass ein Bündnis von Frauenbewegungen und Frauen verschiedener Nationalitäten, Klassen und Religionen unerlässlich ist, um unsere Solidarität zu stärken und gemeinsam gegen das unterdrückerische patriarchalische System zu kämpfen. Aus diesem Grund bauen wir Netzwerke auf, zum Beispiel mit einer Frauenfriedenskonferenz im Oktober 2024, die Frauen von vier verschiedenen Kontinenten zusammenbrachte.

Was habt Ihr aus anderen geografischen und politischen Kontexten, in denen die Unterdrückung noch stärker ist, über kollektive Resilienz und Widerstand gelernt?

Archive of Silence: Menschen in repressiven Umgebungen sind oft freier von der Illusion, dass ihre Regierung in ihrem Inte-

resse handelt, und entwickeln ein grundlegendes Misstrauen und eine kritische Haltung, die zu einem stärkeren politischen Bewusstsein führen. Ein*e Taxifahrer*in im globalen Süden kann oft treffender politisch analysieren als ein*e Absolvent*in der Sozialwissenschaften im globalen Norden. Eine wichtige Lektion ist, alles zu hinterfragen, anstatt blind zu vertrauen. Eine andere ist die Bedeutung der gemeinsamen Nutzung von Ressourcen. Wenn Regierungen versagen oder die Menschen im Stich lassen, springen oft Gemeinschaften ein, die sich auf kollektive Traditionen stützen, um sich gegenseitig zu unterstützen – ein erstaunliches Beispiel dafür sind die Gemeinschaftsküchen im Sudan. Dieser Sinn für Solidarität ist ein starkes Gegenmittel gegen die kapitalistische Konditionierung, die die Menschen manchmal dazu bringt, auf Finanzmittel zu warten, bevor sie etwas unternehmen.

CENÎ: Ein gutes Beispiel für kollektiven Widerstand in anderen Regionen ist der Hungerstreik weiblicher politischer Gefangener im Iran. Die kurdische politische Gefangene Werisheh Moradi hat erst kürzlich ihren 20-tägigen Hungerstreik aus Protest gegen die Todesstrafe beendet. Mehr als 100 Personen aus der iranischen Zivilgesellschaft traten aus Solidarität mit ihrem Protest in einen eintägigen Hungerstreik. In verschiedenen europäischen Ländern trat die Frauenorganisation Kjar aus Rojhilat in einen zweitägigen Hungerstreik. Dies zeigt, wie Frauen Wege finden, um sich dem unterdrückerischen System zu widersetzen und sich miteinander zu solidarisieren.

Das Interview führte Anne Jurema.

Experimentierfeld für Grundrechtseinschränkungen

—Die Antisemitismus-Resolution ist ein Höhepunkt repressiver Entwicklungen in der Politik—

Wenn Staaten oder Unternehmen kritische Stimmen unterdrücken, Grundrechte einschränken und zivilgesellschaftliche Räume beschneiden, denken viele von uns an autoritär regierte Staaten wie Russland, Ungarn oder die Türkei. Aber auch in Deutschland nehmen autoritäre Tendenzen zu.

Das Thema Israel/Palästina wirkte dabei heute „wie ein Gradmesser dafür, wie weit das demokratische Selbstverständnis in Deutschland reicht“, schreibt Journalist Hanno Hauenstein im Herbst 2024 treffend im Freitag. Lässt man das letzte Jahr Revue passieren, erkennt man eine beunruhigende Entwicklung, die nicht nur die freie Rede zu Israel-Palästina verunmöglicht hat, sondern repressive Politik insgesamt stärkt, Minderheiten weiter ausgrenzt und gegeneinander ausspielt sowie der AfD vorzüglich in die Hände spielt.

Vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung ist die im November 2024 trotz massiver Kritik beschlossene Antisemitismus-Resolution „Nie wieder ist jetzt: Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken“. Die in kleinstem Kreise unter den Fraktionsspitzen von SPD, FDP, CDU/CSU und Grünen ausgehandelte Resolution will durch Eingriffe in Universitäten und Kulturinstitutionen sowie Gesetzesänderungen in Straf-, Aufenthalts-, Asyl-, Staatsangehörigkeits-, Hochschul-, Förder- und Haushaltsrecht jüdisches Leben schützen. Obgleich rechtlich nicht bindend, dürfte sie – wie schon die BDS-Resolution 2019 – politisch Wirkung entfalten. Kritiker*innen sehen die Meinungs-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit massiv gefährdet. „Unsere Kritik richtet sich im Kern gegen die Zugrundelegung einer sehr weitreichenden und unbestimmten Definition von Antisemitismus als Maßstab für äußerst grundrechtsintensive Maßnahmen wie Straf- oder Asylrechtsverschärfungen, staatliche Fördermittelvergabe oder der Exmatrikulation von Hochschulen“, heißt es in einer Stellungnahme von Menschenrechts- und Friedensorganisationen. Die Resolution

gibt die Verwendung der IHRA-Arbeitsdefinition politisch vor. Diese gilt als extrem vage, juristisch unbrauchbar und macht es leicht, Kritik an der Politik Israels als antisemitisch zu definieren. Sie wurde immer wieder benutzt, um kritische Stimmen etwa zur israelischen Besatzung als antisemitisch zu diffamieren, sogar dann, wenn sie, wie im Fall der Berlinale 2024, von jüdisch-israelischen Personen vorgetragen wurden. Ein alternativer, von der IPPNW mitgetragener Resolutionsentwurf aus der Wissenschaft, der Minderheitenschutz als intersektionale Aufgabe begreift und auf Bildung und Auseinandersetzung statt auf Repression und Kontrolle setzt, verhallte ungehört.

Das zivilgesellschaftliche Kollektiv „Archive of Silence“ dokumentiert seit Monaten Fälle von Silencing mit Bezug zu Israel-Palästina – von abgesagten Veranstaltungen, zurückgezogenen Ausstellungen oder Preisverleihungen, ausgeladenen Gastwissenschaftler*innen, verbotenen Demonstrationen und Slogans, gekündigten Räumen und Streichungen von Fördergeldern. Oft waren es einzelne Posts zum Israel-Palästina-Konflikt oder dem Krieg in Gaza in sozialen Netzwerken oder allein die Vermutung, eine Demo oder Veranstaltung könnte antisemitischen Inhalten Raum geben, die zu den Entscheidungen geführt hatten. Über 200 Vorfälle zählt ihre unvollständige Liste seit dem 7. Oktober 2023 bereits. Überproportional betroffen davon sind migrantische und auch jüdische Menschen oder Vereine.

Von einer neuen McCarthy-Ära ist mit Blick auf das letzte Jahr vielfach die Rede. Bereits im November 2023 hat der UNAusschuss zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung (ICERD) zum aktuellen

Staatenbericht der Bundesregierung in Genf seine Besorgnis geäußert, „dass friedliche Demonstrationen [...] verboten werden“ und festgestellt, dass eine „abschreckende Wirkung [...] in Bezug auf die Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung in Bezug auf die derzeitige Situation in Palästina“ herrscht. Die „palästinastützende Bewegung dient im Moment als Experimentierfeld für zahlreiche Grundrechtseinschränkungen und Verbote,“ kritisiert der Bundesvorstand der Roten Hilfe mit Blick auf die Zunahme staatlicher Verfolgung linker Bewegungen.

Länder, Bund und Kommunen sollen nun rechtssichere, insbesondere haushalterische Regelungen erarbeiten, die sicherstellen, „dass keine Projekte und Vorhaben insbesondere mit antisemitischen Zielen und Inhalten gefördert“ werden. Wer das in welchem Verfahren prüfe und entscheide und wie Missbrauch vermieden werden könne, bliebe völlig unklar, kritisiert Matthias Goldmann, Inhaber des Lehrstuhls für internationales Recht an der EBS Universität Wiesbaden. Eine flächendeckende staatliche Überprüfung von Fördermittelempfängern oder -projekten ist mit akzeptablem Aufwand und rechtsstaatlichen Mitteln gar nicht zu bewerkstelligen. Die Resolution wirke daher absehbar vor allem als „eine vorauseilende Selbstzensur, weil aus Unsicherheit bestimmte Themen vermieden und Positionen nicht mehr artikuliert werden“, so Prof. Dr. Barbara Stollberg-Rilinger, die Rektorin des Wissenschaftskollegs zu Berlin.

Wie offen für Missbrauch derartige Politik ist, zeigt die sogenannte Fördergeldaffäre im Bundesministerium für Bildung und Forschung, als im Juni 2024 öffentlich



wurde, dass im Ministerium Listen mit Forscher*innen angefordert wurden, die in einem offenen Brief die polizeiliche Räumung des palästinensolidarischen Protestcamps an der FU Berlin kritisiert und Dialog von der Unileitung eingefordert hatten. In geleakten E-Mails aus dem Ministerium hieß es, dass geprüft werden sollte, inwiefern Aussagen im Protestbrief strafrechtlich relevant seien und ob den Wissenschaftler*innen als Konsequenz aus dem Brief Fördermittel gestrichen werden könnten.

Die Resolution vermengt dabei auf krude Weise außenpolitische Forderungen und die Interessen der israelischen Regierung mit dem Schutz jüdischen Lebens in Deutschland. Eine Vielzahl jüdischer Intellektueller betonten in einem Protestbrief daher, die Resolution werde „die Vielfalt des jüdischen Lebens in Deutschland eher schwächen als stärken, indem sie alle Juden mit den Handlungen der israelischen Regierung in Verbindung bringt – eine notorische antisemitische Trope. Sie wird jüdische Stimmen zum Schweigen und jüdische Wissenschaftler*innen, Schriftsteller*innen und Künstler*innen, die innerhalb und außerhalb Deutschlands arbeiten, in Gefahr bringen.“ In Anbetracht des IGH-Gutachtens vom 19. Juli 2024 zur Illegalität der israelischen Besatzung sei sie „eine Blamage auf der Bühne des internationalen Rechts und der Außenpolitik“. Die Resolution werde darüber hinaus „ethnische und religiöse Minderheiten weiter gefährden, insbesondere unsere arabischen und muslimischen Nachbar*innen, die bereits zur Zielscheibe brutaler Polizeigewalt geworden sind.“

Denn neben Künstler*innen und Studierenden stehen Migrant*innen aus muslimischen Ländern im Fokus der Resolution. Bei ihnen sei in den letzten Monaten ein „erschreckende[s] Ausmaß“ an Antisemitismus und Israelfeindlichkeit zu Tage getreten, heißt es dort. Der Gesetz-

geber wird angewiesen, „Gesetzeslücken zu schließen und repressive Möglichkeiten konsequent auszuschöpfen [...] in besonderem Maße im Strafrecht sowie im Aufenthalts-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsrecht“. De facto werden hier Zugehörigkeitsgarantien für Migrant*innen von ihrer Zustimmung zu einer problematischen „deutschen Staatsräson“ abhängig gemacht und migrationsfeindliche Politik mit dem Schutz von Jüdinnen und Juden legitimiert. Erwartungsgemäß applaudierte die AfD gerade hierzu lautstark.

Die in der Resolution geforderten Verschärfungen sind dabei längst im Gange. So hat etwa das Innenministerium im Juni 2024 die Schwelle für Ausweisungen weiter gesenkt, die jetzt schon wegen einzelner mutmaßlich terrorverherrlichender Posts in sozialen Netzwerken explizit möglich ist. Dabei werde nicht nur dadurch die Meinungsfreiheit massiv eingeschränkt, so die Anwältin und Kriminologin Prof. Christine Graebisch, „sondern auch dadurch, dass die Leute inzwischen um diese Gefahr wissen und völlig verunsichert sind, was man überhaupt noch sagen kann“, sagt sie dazu im Interview mit „Analyse und Kritik“. Von Angst und Verunsicherung in migrantischen Communitys, die dazu führt, dass Grundrechte nicht mehr wahrgenommen werden, weiß auch Asylverfahrensberaterin und Sozialarbeiterin Dorothee Bruch von Xenion e.V. aus erster Hand zu berichten: „Sehr viele Menschen trauen sich in Berlin nicht, an den Demos gegen den Gaza-Krieg teilzunehmen, aus Angst vor aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen, etwa mit Bezug auf eine Einbürgerung. Mütter verbieten ihren jugendlichen Kindern zu den Demonstrationen zu gehen aus Angst vor negativen Folgen.“ Ein weiterer Grund dürfte die inzwischen gut belegte Polizeigewalt sein, die vor allem palästinensisch oder arabisch gelesene Personen erfahren. Dass es gegen die Polizeigewalt keinerlei Aufschrei aus der

Gesellschaft gibt, sei ein Hinweis darauf, dass das demokratische Selbstverständnis in Deutschland nicht weit reiche, kritisiert Journalist Hauenstein im Freitag.

Seit Monaten werden palästinensische, arabische und muslimische Menschen unter Generalverdacht gestellt, Hamas zu unterstützen oder Antisemiten zu sein – auch von höchster politischer Ebene wie in der Rede des Bundespräsidenten wenige Wochen nach dem 7. Oktober 2023. Dieser „Generalverdacht ist politisch und gesellschaftlich schädlich, zutiefst beleidigend und verletzend. Er beeinträchtigt den sozialen Frieden in diesem Land, er spaltet die Menschen in gute und böse Gruppen und führt dazu, dass viele Menschen ihr Vertrauen in Politik und Demokratie verlieren“, kritisiert Nazih Musharbash, Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft auf einer Kundgebung im Oktober 2024. Es ist das erste Mal seit dem 7. Oktober 2023, dass er auf einer Kundgebung spricht. Dass friedliche Stimmen verstummt sind und sich nicht mehr trauen, öffentlich ihre Trauer, Wut und ihr Misstrauen mitzuteilen, habe mehrere Gründe. „Einer davon ist die in Deutschland kaum vorhandene Empathie Palästinensern, Arabern und Muslimen gegenüber.“ Auch Stollberg-Rilinger warnt auf einer Pressekonferenz: „Die Resolution befördert die fortschreitende Polarisierung unter verschiedenen diskriminierten Gruppen, unterdrückt die sachliche Austragung von Kontroversen und gefährdet Räume, in denen diese noch möglich ist.“



Anne Jurema ist Referentin für Soziale Verantwortung der IPPNW.

Zwischen Windhoek und Gaza

Deutschlands Erinnerungskultur ist auf Abwegen unterwegs. Das hat fatale Konsequenzen.

Wenn Deutschland mit dem Völkermord an Juden und Jüdinnen die Unterstützung einer Kriegsführung begründen kann, die große Teile der Welt als Genozid betrachten, ist auf wenig mehr Verlass. Die humanistische Substanz der offiziellen Erinnerungskultur erweist sich als erschreckend dünn – und damit ist auch die Annahme erschüttert, das Gedenken an die NS-Verbrechen werde helfen, künftigem Faschismus und Autoritarismus vorzubeugen. Stattdessen sind wir mit einer repressiven Staatsraison konfrontiert, die das Autoritäre ethisch verkleidet.

Noch lässt sich der Umfang der moralischen und intellektuellen Krise, die mit all dem einhergeht, kaum ermessen. In Deutschland durchziehen die Einwanderungsgesellschaft neue Gravuren von Spaltung und Entfremdung, seit aus Erinnerungsarbeit ein Bumerang zur Stigmatisierung von Minderheiten wird. In globaler Hinsicht formuliert der italienisch-jüdische Historiker Enzo Traverso das Ausmaß der Krise so: „Wie kann die Erinnerung an die Shoah überhaupt noch verteidigt werden, nachdem mit ihr ein Genozid legitimiert wurde?“ Das Holocaust-Gedenken laufe Gefahr, bloß noch als eine Waffe westlicher Dominanz zu gelten, so Traverso in seinem neuen Buch „Gaza devant l’histoire“.

Gaza vor der Geschichte, das bedeutet neben allem anderen, dass der Kampf um ein gerechteres, inklusives Weltgedächtnis in eine neue schillernde Phase getreten ist, mit dystopischen und utopischen Anteilen. Wer das massenhafte Töten in Gaza als Verteidigung westlicher Werte rechtfertigt, weist das Bemühen um mehr koloniales Erinnern nun mit auffallend schroffer Feindseligkeit zurück. Postkoloniales Denken gilt als genuin antisemitisch; der Dämonisierung folgt regelmäßig die Forderung nach Säuberung des akademischen und kulturellen Lebens.

Verhängnisvolle Verwandtschaft

Diesem diskursiven Irrsinn kann nur die Besinnung auf universelle Prinzipien menschlicher Gleichheit trotzen. Doch wie? „Von Windhoek nach Gaza“ lautet ein Slogan auf Demonstrationen; er

bringt die deutsche Täterschaft damals und die Komplizenschaft heute in eine genozidale Kontinuität. Sinnvoller scheint mir, von einer verhängnisvollen Verwandtschaft zu sprechen, nämlich des abwertenden Blicks auf die Opfer, der sie zu Menschen einer minderen Kategorie macht, zu Wesen nachrangiger Bedeutung. Die wichtigste Lehre aus dem Holocaust, jedes Leben als gleichwertig zu betrachten, ist dem offiziellen Deutschland fremd. Und daraus folgt eine Hierarchisierung: Sie macht heutige Palästinenser und Palästinenserinnen kolonial-historischen Opfern ähnlich, aber degradiert auch nicht-jüdische Opfer der NS-Vernichtungspolitik.

Für den Genozid an Roma und Sinti hat die Staatsraison keinen Platz. „Müssen wir ein Land haben, in dessen Namen getötet wird, um anerkannt zu werden?“, fragte jüngst eine Romnia-Aktivistin sarkastisch. Zwei NS-Völkermorde mit oft identischen Stätten der Vernichtung und doch so gegensätzlichen erinnerungspolitischen Folgen. Den Begriff Holocaust auf beide Opfergruppen zu beziehen, wie etwa der Historiker Ari Joskovicz in seiner beeindruckenden Studie „Rain of Ash. Roma, Jews, and the Holocaust“, ist in Deutschland verpönt. Das Klima von Aufteilung und Rangzuweisung ist so manifest, dass sich Menschen aus jüdischen, palästinensischen, OvaHerero- und Romani-Gemeinschaften jüngst, als sie über Solidarität sprechen wollten, in einem diskreten Berliner Safe Space trafen.

Dieses andere, solidarische Sprechen braucht Unterstützung, um öffentlich zu werden – ausgehend von der Gewissheit, dass Verbrechen nicht gleichgemacht werden, wenn ihre Opfer mit gleichem Respekt behandelt werden. In diesem Sinne ist eine postkoloniale Sicht auf Genozide mit der Besonderheit des Holocaust durchaus vereinbar. Fünf Jahrhunderte Kolonialismus sahen eine Kette von Vernichtungshandeln gegenüber Bevölkerungen, die als überflüssig, störend oder bedrohlich erachtet wurden. Wer diese Geschichte von Massengewalt kennt, setzt „Genozid“ gerade nicht mit dem Holocaust gleich und relativiert folglich auch nicht die Vernichtung von Juden und Jüdinnen, wenn gegen Israel ein entsprechender Vorwurf erhoben wird. Weil postkoloniales Denken mehr Facetten von Gewalthandeln in den Blick nimmt, könnte es sogar zur Entschärfung der Diskurse beitragen.



KOLONIE DEUTSCH-SÜDWESTAFRIKA, HEUTIGES NAMIBIA: KRIEGSGEFANGENE HERERO UND NAMA WERDEN VON EINEM DEUTSCHEN SOLDATEN BEWACHT, 1904

Binäre Logik

In Israel hält sich indes die Ansicht, ein Völkermord müsse, um den Begriff zu verdienen, wie der Holocaust aussehen, mit Gaskammern und unschuldigen Opfern, die bis zum letzten Glied vernichtet werden. Selbst der Genozid an den Armeniern, von denen sich manche nach Palästina retteten, ist in Israel nicht anerkannt.

Auf der anderen Seite hat die internationale Bewegung gegen den Gaza-Krieg wenig Raum für eine Erinnerung an Edward Saids Plädoyer, „die jüdische Erfahrung mit allem, was sie an Schrecken und Angst zur Folge hat, (zu) akzeptieren“. Die Kategorien zionistisch und genozidal werden manchmal leichtfertig nahe aneinandergerückt, als sei bereits die Leitung eines Jüdischen Museums ein Vergehen. Wer sich nicht distanziert, ist mitschuldig – dieses falsche binäre Muster wurde zurecht kritisiert, als sich russische Musiker von Putin distanzieren mussten, um in Deutschland auftreten zu können.

Einen Genozid begehen, ihn durch Komplizenschaft unterstützen und die Komplizenschaft nicht sehen wollen, sind drei verschiedene Sachverhalte. Die ersten beiden sind strafbar, während es sich im dritten Fall um eine moralische Verfehlung handelt, die reparierbar wäre. Wer dies vermischt, macht alle zu Tätern und sich selbst zum alleinigen Richter. Wenn es keine Grauzonen geben darf, kann ein Slogan wie „Zionisten haben kein Lebensrecht“ entstehen, in der Bewegung zwar minoritär, aber nicht vernehmbar genug zurückgewiesen. Und nachdem in Deutschland Politik und Medien die Verwendung des Worts Genozid als antisemitisch brandmarkten, schien es keine guten Gründe mehr zu geben, den Begriff zu vermeiden, obwohl eine Bewegung gegen Kriegsverbrechen mehr Breite hätte gewinnen können.

Malcom X meets Fritz Bauer

Seit Malcolm X 1964 nach Gaza reiste, haben sich Erniedrigte und Entrechtete im Schicksal der Palästinenser wiedererkannt; ihre Lage wurde zum Spiegel ungerechter Weltverhältnisse. Der Gaza-Krieg entblößt nun im Extrem, wie der Westen mit zweierlei Maß misst, doch ist dieser dunkle Höhepunkt zugleich der Kip-

punkt einer Ära. Die Causa Palästina hat eine solche Resonanz, weil sich die globalen Kräfteverhältnisse wandeln, während zugleich Israels Verbrechen die bisherigen Schutzmechanismen des jüdischen Staats torpedieren. „Wir nähern uns dem Moment, oder vielleicht ist er schon da, in dem die Erinnerung an den Holocaust die Welt nicht mehr davon abhält, Israel so zu sehen, wie es ist“, schreibt der israelische Menschenrechtler Hagai El-Ad. Die Geschichte diene nicht mehr als „Iron Dome, der uns davor schützt, zur Verantwortung gezogen zu werden.“

So ist multiple Ambivalenz das Kennzeichen einer Welt zwischen den Markern Windhoek und Gaza. Auf dem unsicheren Grund gilt es Allianzen zu schließen für einen unteilbaren Humanismus.

Als die 81jährige vormalige Ministerin Heidemarie Wiecek-Zeul jüngst gefragt wurde, wie es kam, dass sie bereits vor 20 Jahren in Namibia um Vergebung für den Genozid bat, lautete ihre Antwort: Sie sei geprägt durch Fritz Bauer, Initiator des Frankfurter Auschwitzprozesses von 1963. „Seine Grundhaltung war: Wer anderen das Menschsein abspricht, ist auf dem Weg in den Abgrund.“

Dieser Kommentar erschien am 21.08.2024 auf dem Blog von Medico International: www.medico.de/blog



Charlotte Wiedemann ist langjährige Auslandsreporterin. Sie lebt als Publizistin und Autorin in Berlin.



Es gibt keinen Frieden auf einem brennenden Planeten

Die IPPNW auf der Weltklimakonferenz in Baku, Aserbaidschan

Die 29. Weltklimakonferenz (COP29) fand vom 11.-22. November in Aserbaidschans Hauptstadt Baku statt. Zum zweiten Mal war die IPPNW als UN-Beobachterorganisation mit einer vierköpfigen Delegation vertreten. Die COP29 war als „Finance COP“ angekündigt. Es ging um die Vereinbarung eines neuen kollektiven Klimafinanzierungsziels um dem Bedarf, der sich im Bereich von Billionen jährlich bewegt, gerecht zu werden. „Pay Up!“ forderten Aktivist*innen die anwesenden Staatschef*innen im Olympiastadion von Baku auf – denn nur mit ausreichender Finanzierung sowie ambitionierten Klimaktionsplänen bleibt die 1,5-Grad-Grenze in Reichweite.

Die COP29 war aber auch als „Peace COP“ gehandelt worden. Die aserbaidschanische Präsidentschaft hatte mit einem Aufruf zu einem Waffenstillstand für die Dauer der Konferenz sowie durch die Verabschiedung des „Baku Call on Climate Action for Peace, Relief, and Recovery“ am 15. November 2024 das Thema aufgenommen. Im Angesicht der massiven Einschränkung von Demokratie und Menschenrechten im Land sowie der Inhaftierung von Kritiker*innen, Oppositionellen und Journalist*innen erscheint dies als fragwürdiger Versuch des „Peace-Washings“.

Darüber hinaus nimmt die Baku Initiative, die auch von Deutschland getragen wird, nur einen Aspekt von Klimakrise und Krieg in den Blick: die Situation von konfliktbetroffenen und fragilen Ländern. Diese leiden besonders unter den sich verstärkenden Wechselwirkungen von Gewalt, Instabilität, Armut, Umweltdegradation, Klimafolgen und Nahrungsunsicherheit. Ihre Möglichkeiten, sich an die Klimakrise anzupassen, sind extrem eingeschränkt, gleichzeitig fehlt es besonders hier an Klimafinanzierung.

Diese Lücken zu schließen, ist eine begrüßenswerte Entwicklung. Doch sie geht lange nicht weit genug. Klimagerechtigkeit erfordert einen radikalen und systemischen Wandel, nicht die Festigung der



„PAY UP!“ AKTION IM STADION VON BAKU

Foto: Bianca Csenki

Strukturen, die im Kern unserer planetaren Notlage liegen: Militarisierung, fossile Ökonomien und ausbeuterischer Kapitalismus. Militär, Rüstungsindustrie und Krieg heizen die Klimakrise an. Alltägliche militärische Aktivitäten in „Friedenszeiten“ sind für schätzungsweise 5,5 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Aufgrund historischer Ausnahmeregelungen bleiben diese in der UNFCCC-Berichterstattung weitgehend unberücksichtigt.

H heute und in der Vergangenheit sind die größten Treibhausgasemittenten auch die Länder mit den größten Militärausgaben, wobei die reichsten 23 Länder 30 Mal so viel für ihr Militär ausgeben wie für die Klimafinanzierung. Im Jahr 2023, stiegen die weltweiten Militärausgaben auf 2,44 Billionen Dollar – Billionen, die für ehrgeizige Klimamaßnahmen umverteilt werden sollten.

Von den Folgen der Aufrüstung, den vielen gewaltvollen Konflikten und der Klimakrise sind marginalisierte Gemeinschaften unverhältnismäßig stark betroffen, insbesondere Frauen, LGBTIQ+, Kinder und Jugendliche, Schwarze und indigene Menschen. Eine echte „Friedens-COP“ müsste dies anerkennen und adressieren.

Das bedeutet insbesondere:

- » verbindliche, solide, vergleichbare und transparente Berichterstattung der militärischen CO₂-Emissionen, einschließlich der Emissionen aus gewaltvollen Konflikten,
- » prioritäre Investitionen in Konfliktprävention, Friedenskonsolidierung und Diplomatie,
- » konflikt sensible Klimafinanzierung und direkten Zugang zu Finanzierungsinstrumenten für betroffenen Länder und Gemeinschaften,
- » Reduktion von Militärausgaben und Ende der Subventionen für fossile Brennstoffe. Dies beinhaltet die Umschichtung von Ausgaben, die Einführung einer Steuer auf Rüstungs- und Waffenhandel und langfristig die Wiederaufnahme von Abrüstungsbemühungen.



Laura Wunder ist IPPNW-Referentin für Klimagerechtigkeit und Globale Gesundheit.



Nie wieder Krieg!

— Demonstration am 3. Oktober 2024 in Berlin —

Am 3. Oktober 2024 beteiligten sich ca. 50 Mitglieder der IPPNW an der bundesweiten Demonstration „Nie wieder Krieg – die Waffen nieder“ in Berlin. Der Aufruf der IPPNW forderte u.a. einen Verzicht auf die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland sowie eine Initiative für ein Nachfolge-Abkommen zum INF-Vertrag, um den Rüstungswettlauf bei weitreichenden Waffensystemen zu stoppen. Der Beschluss zur Stationierung von Mittelstreckenwaffen sei brandgefährlich. Die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen kritisierte in ihrer Rede auf der Auftaktkundgebung am Gleisdreieck, deutsche Standorte würden zu möglichen strategischen Angriffszielen. Zudem vermisst die IPPNW bei dieser weitreichenden Entscheidung eine Beteiligung des Parlaments.





Die Gewalt verlernen

Als Jurist und aus seiner Zeit bei der Süddeutschen Zeitung weiß Heribert Prantl von der Kraft des Wortes. Auf dieser Grundlage hat er ein Buch geschrieben, das hilfreich ist in der gegenwärtigen Verflachung der Sprache.

Der seit 2022 immer wieder verwendete Begriff „Zeitenwende“ vernebele, dass dieses Wort vielmehr die Rückkehr der Politik ins Militärische beschreibe. Eine Zeitenwende aber, die diesen Namen verdiene, sei der Augenblick, in dem die Gezeiten der Gewalt ein Ende haben. Erhellend sind auch seine Überlegungen zum Krieg, der aus Verflechtungen, Strukturen und sich selbst nährenden Ordnungen entsteht und nicht allein durch Boshaftigkeit einzelner Menschen. Wenn ein Krieg beginne, seien die entscheidenden Fehler schon gemacht worden. Man müsse sich die Frage stellen, ob eigene Fehleinschätzungen zur Eskalation beigetragen haben. Das dürfe nicht durch emotionale Agitation ersetzt werden. Und: Krieg ist nicht recht, auch dann nicht, wenn er völkerrechtlich geregelt ist.

Das Urteil des BVG von 1994 zu den „Out of Area“-Einsätzen der Bundeswehr sei ein Freifahrtschein für deutsche Auslandseinsätze und staatliche Waffenlieferungen. Wenn Verteidigungsminister Pistorius von „Kriegstüchtigkeit“ spreche, so sei das keine rhetorische Martialität, sondern eine konzeptionelle Martialität und ein Verstoß gegen Geist und Buchstaben unseres Grundgesetzes. Schließlich sei Frieden das tragende Prinzip unserer Verfassung – das Friedensgebot stehe im Grundgesetz neben dem Sozialstaats- und Rechtsstaatgebot. Ein positives Bild aber vom Krieg breche ständiger Aufrüstung Bahn. Prantl sehe sich dabei selbst nicht als Pazifist, bewundere aber die Pazifist*innen, weil sie Ohnmacht aushielten.

Im Schlusskapitel thematisiert Prantl seinen christlichen Glauben. Glaube ist nicht irrational, er ist eine Rationalität, die weiß: Das Ganze ist mehr als die Summe der Teile und die Wirklichkeit mehr als das, was wir jetzt sehen.

Heribert Prantl: Den Frieden gewinnen. Die Gewalt verlernen, 240 S., 20,- Euro, Penguin München 2024, ISBN: 978-3-453-21870-3 Christoph Dembowski



Den Pazifismus verteidigen

Darf ich heute – angesichts des entsetzlichen Angriffskrieges in der Ukraine – Pazifismus als einen richtigen Weg betrachten?

Viele von uns beunruhigt dieser Zweifel – hier holt Olaf Müller den Leser*innen ab und hinterfragt die Brauchbarkeit des Pazifismus in kriegerischen Zeiten. Pazifist*innen haben es nicht leicht. Sie werden als naiv, verantwortungslos, blind dogmatisch und moralisch arrogant angegriffen. Müllers Essay entwirft das Konzept eines pragmatischen Pazifismus: selbstkritisch, reflektiert, abwägend – ohne realitätsfern oder ignorant gegenüber realen politischen Erfordernissen zu sein.

Der Philosoph Olaf Müller lehrt Wissenschaftsphilosophie an der Humboldt-Universität Berlin. Einem dogmatischen, gesinnungsethischen Pazifismus stellt er den verantwortungsethischen, pragmatischen Pazifismus gegenüber. In sieben Kapiteln unterzieht er die pazifistische Position Schritt für Schritt einer Überprüfung: Schon beim Blick auf die Wirklichkeit tragen wir Werte an die Wirklichkeit heran, selbst der Wissenschaftler, der Objektivität verpflichtet. Fakten und Bewertungen sind nicht säuberlich zu trennen, und die möglichen Folgen von Handlungen sind nicht sicher einzuschätzen. Selbst im rationalen Abwägen der Risiken spielen Gefühle eine wertvolle Rolle: So war in der Kuba-Krise 1962 bei Chruschtschow wie bei Kennedy die wachsende Angst vor der drohenden Apokalypse maßgeblich für das Einlenken. Doch letztlich war es Zufällen zu verdanken, dass es nicht zum Atomschlag kam!

Befürworter*innen militärischen Handelns behaupten auch heute, dass sie die Kontrolle des kriegerischen Handelns sicher im Griff haben und beherrschen werden – Tod und Zerstörung werden als „Abnutzung“ kalkuliert. Dagegen bleibt das pazifistische Leitprinzip für die Analyse der Wirklichkeit eine kritische Sorge: Mit geschärftem Blick sind die unkontrollierbaren, irreversiblen Neben- und Spätfolgen eines militärischen Einsatzes zu beachten, auch die Verrohung der kämpfenden Soldat*innen auf allen Seiten, die Fanatisierung der Zivilist*innen, besonders aber sind die leisesten Anzeichen jedweder Gefahr abzuwägen, dass ein weiterer Weltkrieg – ja, ein Atomkrieg! – ausgelöst werden könnte. Und mit beharrlicher Ausdauer ist daran festzuhalten: Sämtliche friedlichen Mittel und Auswege müssen weiter gesucht werden – so die engagierte Conclusio. Von ganzem Herzen empfehle ich dieses Buchlein – geben Sie es weiter!

Olaf Müller: Pazifismus. Eine Verteidigung. 116 S., 7,- Euro, Reclam Leipzig 2024, ISBN: 9783150143544 Annegret Kulms

Für ein Deutschland ohne Mittelstreckenwaffen

Dieser Flyer erklärt, weshalb die angekündigte Stationierung ein weiterer gefährlicher Schritt im Rüstungswettlauf ist und das Risiko eines Atomkrieges erhöht. Er lädt außerdem dazu ein, politisch aktiv zu werden.

4 Seiten A4, kostenlos
Bestellen unter: shop.ippnw.de



Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine

Siebente, aktualisierte Fassung: Eine Sammlung bestehender Vorschläge und möglicher Schritte, den Krieg in der Ukraine durch Diplomatie statt durch Waffen zu beenden.

32 Seiten A4, Preis: je 0,60 zzgl. Versand
Bestellen unter: shop.ippnw.de
Download: ippnw.de/bit/waffenstillstand



IPPNW-Banner

„Nein zur Aufrüstung: Keine Stationierung von US-Raketen in Deutschland“
Fahnenstoff 3 x 1 Meter, 45,- Euro
Bestellen unter: shop.ippnw.de

GEPLANT

Das nächste Heft erscheint im März 2025. Das Schwerpunktthema ist:

Friedenspolitik vor neuen Herausforderungen

Der Redaktionsschluss für die Ausgabe 181/März 2024 ist der 31. Januar 2025.
Das Forum lebt von Ihren Ideen und Beiträgen. Schreiben Sie uns: forum@ippnw.de

IMPRESSUM UND BILDNACHWEIS

Herausgeber: Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e. V. (IPPNW) Sektion Deutschland
Redaktion: Dr. Lars Pohlmeier (V.i.S.d.P.), Angelika Wilmen, Regine Ratke
Anschrift der Redaktion: IPPNWforum, Frankfurter Allee 3, 10247 Berlin, Tel.: 030 6980 740, Fax 030 69381 66, E-Mail: ippnw@ippnw.de, www.ippnw.de,
Bankverbindung: GLS Gemeinschaftsbank IBAN: DE 23 4306 0967 1159 3251 01, BIC: GENODEM1GLS

Das Forum erscheint viermal jährlich. Der Bezugspreis für Mitglieder ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Sämtliche namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung

der Redaktion oder des Herausgebers. Nachdrucke bedürfen der schriftlichen Genehmigung.
Redaktionsschluss für das nächste Heft: 31. Januar 2025
Gestaltungskonzept: www.buerobock.de,
Layout: Regine Ratke
Druck: DDL Berlin **Papier:** Circle Offset, Recycling & FSC.
Bildnachweise: Nicht gekennzeichnete Fotos: privat oder IPPNW.



DEZEMBER

- 10.12. Verleihung des Friedensnobelpreises an Nihon Hidankyo
- 10.12. „Singvögel und Raben waren auch nicht mehr da“, Lesung in Bochum
- 11.12. Mahnwache für den Frieden, Ulm (wöchentlich mittwochs)
- 14.12. Kriegsdienstverweigerung ist Menschenrecht! Überall! Aktion in Nürnberg

JANUAR

- 26.1. Filmscreening: Nuclear Savage: The Islands of Secret Project 4.1, Berlin
- 22.1. 4. Jahrestag des Inkrafttretens des UN-Atomwaffenverbots
- 25.1. RegioContact Süd & Nord in Stuttgart & Bochum

FEBRUAR

- 14.-16.2. 23. Internationale Münchner Friedenskonferenz
- 24.2. Dritter Jahrestag des Beginns des Ukrainekrieges

MÄRZ

- 3.-7.3. 3MSP, New York
- 4.3. Verleihung des Nuclear-Free Future Award, New York
- 11.3. Jahrestag des Super-GAU von Fukushima
- 15.-28.3. Reise in den Südosten der Türkei

Weitere Informationen unter: www.ippnw.de/termine

vormerken

BERLIN

21.-23.03.2025

IPPNW-Peace Academy
ippnw.de/bit/peaceacademy



6 Fragen an ... Angelika Wilmen

Referentin für Frieden und Geschäftsstellenleiterin der IPPNW Deutschland

1 Der scheidende US-Präsident Biden hat den Einsatz von US-Raketen mit längerer Reichweite gegen Ziele auf russischem Staatsgebiet erlaubt. Welche Konsequenzen sind zu erwarten?

Dies ist ein weiterer gefährlicher Schritt in Richtung Eskalation und ich bin froh, dass Noch-Bundeskanzler Olaf Scholz bei seinem Nein zu der Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern bleibt. Der russische Präsident Wladimir Putin hat erklärt, der Einsatz westlicher Langstreckenwaffen gegen Ziele in Russland bedeute eine direkte Beteiligung der NATO-Staaten am Konflikt in der Ukraine. In der neuen russischen Nukleardoktrin heißt es, dass Russland sein Atomwaffenarsenal einsetzen könne, sollte es sich in seiner Existenz bedroht fühlen – zum Beispiel bei einer kritischen Bedrohung für die Souveränität und territoriale Integrität des Landes. Wenn ein Atomstaat den Angriff eines anderen Landes mit konventionellen Waffen gegen Russland unterstützt, mache er sich zum Mitangreifer und somit zur Kriegspartei. Man kann die Nukleardoktrin als Antwort auf die Erlaubnis der USA zum Einsatz von ATACMS-Raketen verstehen.

2 Was fordert die deutsche IPPNW in dieser Situation? Wir haben den Bundeskanzler aufgefordert, bei seinem Nein zu Taurus-Lieferungen zu bleiben. Zudem fordern wir zeitnahe Verhandlungen für einen Waffenstillstand. Dafür liegen viele diplomatische Vorschläge auf dem Tisch, die wir in der 7. Auflage des IPPNW-Papiers „Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine“ auflisten.

3 Welche diplomatischen Initiativen aus jüngster Zeit erscheinen denn erfolgversprechend? Besonders hervorzuheben ist der im Mai 2024 von China und Brasilien veröffentlichte Friedensplan. Seit der UN-Generalversammlung im September 2024 wird die chinesisch-brasilianisch Friedensinitiative auch von der Schweiz unterstützt. Die Schweizer Regierung hat ihre Sichtweise auf den Plan geändert, nachdem eine Referenz zur UN-Charta hinzugefügt wurde. Dass die Schweiz den Sechs-Punkte-Plan jetzt unterstützt, ist nicht nur wegen der Neutralität des Landes bedeutsam, sondern weil die Schweiz bereits zwei Konferenzen ausgerichtet hatte.

4 Welche Vorschläge beinhaltet der chinesisch-brasilianische Friedensplan?

Der Sechs-Punkte-Plan listet Maßnahmen zur Deeskalation auf: So solle es keine geografische Ausweitung der Schlachtfelder geben, keine militärische Ausweitung der Kämpfe und keine politischen „Provokationen einer der Parteien“. Dialog und Verhandlungen sollten die „einzige Lösung der Ukraine-Krise“ sein. China und Brasilien unterstützen eine internationale Friedenskonferenz, die sowohl von Russland als auch der Ukraine anerkannt wird, mit gleichberechtigter Teilnahme aller Parteien und fairen Diskussionen aller Friedenspläne. Beide Staaten fordern mehr humanitäre Hilfe und die Vermeidung des Angriffs ziviler Ziele. Sie verurteilen den Einsatz von Massenvernichtungswaffen und Angriffe auf Atomanlagen und lehnen die Aufteilung der Welt in isolierte politische oder wirtschaftliche Blöcke ab.

5 Macht der Wahlsieg von Donald Trump Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen wahrscheinlicher?

Das bleibt abzuwarten. Sicherlich wächst aber der Druck auf die Ukraine, einen Waffenstillstand mit Russland zu schließen. Trump-Berater haben eine entmilitarisierte Zone entlang der Frontlinie vorgeschlagen, die von Friedenstruppen überwacht werden sollte. Wladimir Putin ist Medienberichten zufolge offen für Gespräche mit dem künftigen US-Präsidenten über eine Feuerpause in der Ukraine. Er könne sich demnach ein Einfrieren des Kriegs entlang der Frontlinien vorstellen. Größere territoriale Zugeständnisse schließt Putin aus und besteht darauf, dass die Ukraine ihre NATO-Beitrittsambitionen aufgibt.

6 Und wie reagiert die ukrainische Regierung auf die aktuellen Entwicklungen?

Bei einer Rede im ukrainischen Parlament Mitte November 2024 signalisierte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj Verhandlungsbereitschaft und stellte sogar die zeitweise russische Kontrolle ukrainischer Gebiete zur Debatte. „Vielleicht muss die Ukraine jemanden in Moskau überleben, um ihre Ziele zu erreichen und das gesamte Staatsgebiet wiederherzustellen“, sagte er. Die Ukraine verdiene es, dass das nächste Jahr zum Jahr des Friedens werde.

23. Internationale Münchner Friedenskonferenz 14.–16. Februar 2025 | Fundamente des Friedens



Wie können wir im Zeitalter der Polykrisen, in dem die internationale Zusammenarbeit und der soziale Zusammenhalt zu bröckeln scheinen, den Kurs des Friedens wählen?

Mit:

Prof. Dr. Heribert Prantl, Journalist & Publizist

Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach, Politologin und Professorin für Europastudien

Sandra Kluft, Peace for Future Friedensbildung

Francesca Albanese, UN-Sonderberichterstatterin für die besetzten palästinensischen Gebiete

Dr. Kerstin Leitner, Präsidiumsmitglied, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN)



<https://friedenskonferenz.info>

Unsere Solidarität mit den Aktiven der türkischen und kurdischen Zivilgesellschaft ist angesichts der restriktiven Regierungspolitik nötiger denn je. Wir wollen auf unserer Reise Menschen und Organisationen in Diyarbakir und anderen Städten im Südosten besuchen und unsere Erfahrungen mit der Deutschen Botschaft in Ankara teilen.

Kontakt für weitere Informationen:

Gisela Penteker, g.penteker@gmail.com

IPPNW-Reise in den Südosten der Türkei 15.–28. März 2025





IPPNW-Jahrestreffen und Mitgliederversammlung

9.-11. Mai 2025
Tagungszentrum FMP1
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Mehr Infos:
ippnw.de/bit/mv



Daniel Foster / CC BY-NC 2.0

